

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Michael Berlemann und Claudia Kemmesies*
Lebenszufriedenheit nach der deutschen Wiedervereinigung
- *Marcus Dittrich und Gunther Markwardt*
Arbeitslosigkeit und Kriminalität: Eine mögliche „Doppelte Dividende“ der Arbeitsmarktpolitik?
- *Wolfgang Nierhaus*
Konjunkturperspektiven 2004/2005:
Erholung setzt sich fort

Im Blickpunkt

- *Carsten Pohl*
Korruption in Mittel- und Osteuropa

11. Jahrgang (2004)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: (03 51) 26 47 60, Telefax: (03 51) 2 64 76 20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Michael Berlemann

Technische Leitung: Katrin Eitner

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 6/2004

Aktuelle Forschungsergebnisse

Zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit nach der deutschen Wiedervereinigung – Eine empirische Analyse in Sachsen, Ost- und Westdeutschland 3

Michael Berlemann und Claudia Kemmesies

Ökonomen neigen dazu, Wohlstand in erster Linie anhand von ökonomischen Kennziffern, so z. B. dem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt oder dem Lohn je Arbeitnehmer zu messen. Eine umfassendere Herangehensweise ist die Analyse der Lebenszufriedenheit, welche neben ökonomischen auch sozio-demographische und soziokulturelle Faktoren berücksichtigt. Im Rahmen dieses Artikels wird zunächst ein Überblick über das Konzept der Lebenszufriedenheitsmessung gegeben. Daran anschließend werden die Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Sachsen seit der deutschen Wiedervereinigung dargestellt und die Ergebnisse mit denen aus anderen ostdeutschen Bundesländern und Westdeutschland verglichen.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität: Eine mögliche „Doppelte Dividende“ der Arbeitsmarktpolitik? 11

Marcus Dittrich und Gunther Markwardt

Existiert ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität in Deutschland? Würde ein Rückgang der Arbeitslosigkeit auch einen Teil des Kriminalitätsproblems lösen? Diese beiden Fragen stellen den Ausgangspunkt der Untersuchung dar. Mit Hilfe von Daten für die deutschen Bundesländer wird gezeigt, dass ein solcher Zusammenhang tatsächlich besteht. Natürlich ist Arbeitslosigkeit nicht der einzige Einflussfaktor auf Kriminalität, dennoch kann ausgehend von diesen Ergebnissen argumentiert werden, dass eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik über eine Erhöhung der Beschäftigung auch dem Ausmaß an Kriminalität entgegenwirkt und damit ceteris paribus der Gesellschaft eine „Doppelte Dividende“ bescheren kann.

Konjunkturperspektiven 2004/2005: Erholung setzt sich fort 18

Wolfgang Nierhaus

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Erholung in der ersten Hälfte dieses Jahres spürbar gefestigt. Impulse kamen bisher ausschließlich vom Ausland. Sie haben noch nicht auf die Nachfrage im Inland übergreifen. Für den Prognosezeitraum wird erwartet, dass die außenwirtschaftlichen Impulse schwächer werden, da der globale Aufschwung insbesondere in seinen Kraftzentren USA und China an Tempo verliert. Vor diesem Hintergrund werden die Exportzuwächse in der Tendenz sinken, gleichzeitig expandiert die Inlandsnachfrage nicht stark genug, um dies auszugleichen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 um 1,5 % zunehmen, nach 1,8 % im Jahr 2004. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Prognosezeitraum weiter steigen, insbesondere im Niedriglohn- und Teilzeitbereich. Die Zahl der Arbeitslosen wird etwas abnehmen.

Im Blickpunkt

Entwicklung der Korruption in Mittel- und Osteuropa 23

Carsten Pohl

Seit Beginn der neunziger Jahre sind in hohem Umfang ausländische Direktinvestitionen in die neuen EU-Mitgliedstaaten geflossen. Von Unternehmen werden neben niedrigen Arbeitskosten und geringer Steuerbelastung die geringe Regulierungsdichte und eine effiziente Verwaltung als wesentliche Gründe für die Attraktivität dieser Standorte genannt. In ihren letzten Monitoring-Berichten kommt die Europäische Kommission jedoch zu dem Schluss, dass in den mittel- und osteuropäischen Ländern das Problem der

Korruption im öffentlichen Sektor nach wie vor weit verbreitet ist. Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, inwiefern die neuen EU-Mitgliedsländer in den letzten Jahren Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung erzielen konnten.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich	26
<i>Beate Grundig</i>	
Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest	28
<i>Gerit Vogt</i>	

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen	32
ifo Vorträge	32
ifo intern	32

Zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit nach der deutschen Wiedervereinigung – Eine empirische Analyse in Sachsen, Ost- und Westdeutschland

Michael Berlemann und Claudia Kemmesies¹

Ökonomen neigen dazu, Wohlstand in erster Linie anhand von ökonomischen Kennziffern, so z. B. dem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt oder dem Lohn je Arbeitnehmer zu messen. Auf Grundlage dieser Indikatoren durchgeführte Untersuchungen des Konvergenzfortschritts zwischen West- und Ostdeutschland kommen durchweg zu dem Ergebnis, dass es noch ein langer Weg ist, bis sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den beiden Teilen Deutschlands angeglichen haben.² Eine umfassendere Herangehensweise ist die Analyse der Lebenszufriedenheit, welche neben ökonomischen auch soziodemographische und soziokulturelle Faktoren berücksichtigt. Im Rahmen dieses Artikels geben wir zunächst einen Überblick über das Konzept der Lebenszufriedenheitsmessung. Daran anschließend stellen wir die Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Sachsen seit der deutschen Wiedervereinigung dar und vergleichen die Ergebnisse mit denen aus anderen ostdeutschen Bundesländern und Westdeutschland.

Das Konzept der Lebenszufriedenheitsmessung

In der ökonomischen Theorie versteht man unter dem Nutzen das Maß für die Fähigkeit eines Gutes oder einer Gütergruppe, die Bedürfnisse eines wirtschaftlichen Akteurs (z. B. eines Haushaltes) zu befriedigen. Lange ist man allerdings in den Wirtschaftswissenschaften davon ausgegangen, dass sich der Nutzen nicht direkt messen lässt, sondern allenfalls indirekt aus den Entscheidungen eines Wirtschaftssubjektes auf dessen Nutzen geschlossen werden kann. So argumentiert z. B. SAMUELSON (1947), dass die Tatsache, dass ein bestimmtes Güterbündel einem anderen vorgezogen wird, ein Indiz dafür sei, dass das präferierte Bündel einen höheren Nutzen stiftet. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom sog. „Entscheidungsnutzen“. Weiterhin wurde lange davon ausgegangen, dass Nutzen nicht numerisch messbar sei, sondern Menschen verschiedene Zustände lediglich vergleichend als besser oder schlechter einschätzen könnten. Darüber hinaus seien Nutzenvergleiche zwischen verschiedenen Personen völlig ausgeschlossen.

Die Glücksforschung (Happiness Research), eine sich in den neunziger Jahren in den Wirtschaftswissenschaften rasant durchsetzende Forschungsrichtung, geht hingegen von einem anderen Nutzenkonzept aus. Diesem Konzept liegt nicht der Entscheidungsnutzen, sondern das subjektive Wohlbefinden der Wirtschaftssubjekte zugrunde. NG (1997) formuliert in diesem Zusammenhang: „... for most people, happiness is the main, if not the ultimate objective in life.“ Letztendlich dienen somit alle von Wirtschaftssubjekten unternommenen Handlungen dem Ziel, das subjektive Wohlbefinden zu erhöhen. Die Idee, das Konzept subjektiven Wohlbefindens für die ökonomische Analyse zu nutzen, geht auf EASTERLIN (1974) zurück, der den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und subjektivem Wohlbefinden empirisch untersuchte. Erst zu Beginn der neunziger Jahre wurde der Wert dieses Konzepts jedoch in den Wirtschaftswissenschaften erkannt.

Die wohl am häufigsten verwendete Methode der Messung des subjektiven Wohlbefindens greift auf Befragungen zurück. Im Laufe der Zeit sind aus den verschiedenen, mehr oder weniger regelmäßig stattfindenden Befragungen eine ganze Reihe von Datenbanken entstanden, die Daten über das subjektive Wohlbefinden von Individuen enthalten. Diese Daten wurden in der letzten Dekade zunehmend auch zur Erforschung wirtschaftswissenschaftlicher Fragestellungen verwendet.³

Datenbasis

Als Datenbasis für die vorliegende Untersuchung dient die im Auftrag der Europäischen Kommission seit Frühjahr 1975 zweimal jährlich durchgeführte Eurobarometer-Befragung.⁴ Das vorrangige Ziel dieser regelmäßigen

¹ Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer und Claudia Kemmesies studentische Hilfskraft der ifo Niederlassung Dresden.

² Vgl. hierzu z. B. NIERHAUS (1999), POHL (2000), ECKEY und SCHUHMACHER (2002) oder PRIEWE (2002).

³ Einen Überblick über die diesbezügliche Forschung liefern z. B. FREY und STUTZER (2002).

⁴ Die Daten für die Bundesrepublik Deutschland sind über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln erhältlich.

Befragung ist es, die soziale und politische Einstellung der europäischen Öffentlichkeit zu ermitteln. Daneben werden seit 1990 auch Sonderfragen zu aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union gestellt. Die Interviews werden in jedem EU-Mitgliedstaat nach einem einheitlichen Verfahren und mit dem gleichen Fragebogen⁵ durchgeführt. Seit Herbst 1990 wird die Eurobarometer-Umfrage auch in Ostdeutschland durchgeführt. Das für die vorliegende Untersuchung verwendete Datensample umfasst Daten für West- und Ostdeutschland aus den Jahren 1991 bis 2003. Alle Daten aus demselben Jahr wurden gepoolt.⁶ Der Stichprobenumfang variiert leicht, liegt aber in der Regel bei 1.000 Personen, sowohl für die alten als auch für die neuen Bundesländer. Die Ziehung der Stichprobe erfolgt nach einem standardisierten, mehrstufigen Zufallsverfahren (vgl. hierzu MOSCHNER (2004)).

Im Rahmen des Eurobarometers werden nicht nur Daten zur politischen und sozialen Einstellung, sondern auch soziodemographische Merkmale erfasst. Außerdem enthält der verwendete Fragebogen eine Frage zur Lebenszufriedenheit der Befragten. Die gestellte Frage lautet: „Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit Ihrem Leben im Allgemeinen? Würden Sie sagen, Sie sind ...?“

- a) sehr zufrieden
- b) ziemlich zufrieden
- c) nicht sehr zufrieden
- d) überhaupt nicht zufrieden
- e) keine Meinung

Um aus den Antworten auf diese Frage ein numerisches Maß der Lebenszufriedenheit zu gewinnen, wird zumeist so vorgegangen, dass die Antwortkategorie „keine Meinung“ zunächst ausgeschlossen wird. Den verbleibenden Antwortkategorien werden dann, gemäß dem Grad der geäußerten Lebenszufriedenheit, die Werte 1 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 4 („sehr zufrieden“) zugeordnet. Diesem Vorgehen folgen wir hier.

Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Sachsen

Zunächst analysieren wir die Lebenszufriedenheit in Sachsen über den Zeitraum 1991 bis 2003 und vergleichen die Ergebnisse mit denen aus den anderen neuen Bundesländern und Westdeutschland. Zwischen den einzelnen Bundesländern sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der geäußerten Lebenszufriedenheit feststellbar. In Abbildung 1 ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit nach Bundesländern für die Jahre 2002/2003 graphisch dargestellt. Die höchste Lebenszufriedenheit ist derzeit in Schleswig-Holstein, Hessen

und Rheinland-Pfalz zu diagnostizieren. Die ostdeutschen Bundesländer rangieren dagegen am Ende des Feldes. Thüringen und Brandenburg schneiden am schlechtesten ab, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin (West- und Ost-Berlin) und Mecklenburg-Vorpommern nur geringfügig besser. Lediglich der Stadtstaat Hamburg weist ähnlich niedrige Werte der Lebenszufriedenheit auf wie die ostdeutschen Bundesländer.

Ein vollständigeres Bild ergibt sich, wenn man die Entwicklung der Lebenszufriedenheit im Zeitablauf betrachtet. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, lag die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Westdeutschland über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1991 bis 2003 oberhalb der in Ostdeutschland. Für beide Landesteile ist zudem ein genereller Rückgang der Lebenszufriedenheit zu diagnostizieren. In den Jahren 1991/1992 betrug die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Westdeutschland noch 3,11, in den Jahren 2002/2003 hingegen nur noch 2,96. In Ostdeutschland fiel die durchschnittliche Lebenszufriedenheit von 2,72 (1991/1992) auf 2,67 (2002/2003). Der Unterschied in der Lebenszufriedenheit zwischen West- und Ostdeutschland hat also über den betrachteten Zeitraum von 0,39 auf 0,29 abgenommen. Somit hat sich der Abstand über den Betrachtungszeitraum immerhin um 25 % reduziert. Von einem abgeschlossenen Konvergenzprozess kann jedoch im Hinblick auf die Lebenszufriedenheit noch nicht die Rede sein.⁷

In Abbildung 3 ist die Lebenszufriedenheit in Sachsen derjenigen in den übrigen neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) graphisch gegenübergestellt. Es zeigt sich, dass die Befragten in Sachsen über große Teile des Betrachtungszeitraumes etwas zufriedener als die in den anderen neuen Bundesländern waren.

Determinanten der Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland

Eine Reihe von Untersuchungen hat belegt, dass ökonomische Faktoren einen beträchtlichen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben. Es liegt daher nahe zu vermuten, dass ein guter Teil der gefundenen Unterschiede in

⁵ Aufgrund der notwendigen Übersetzung der Fragebögen in die jeweiligen Landessprachen lassen sich minimale Unterschiede in der Befragung nicht ausschließen.

⁶ Da die jeweils befragten Personenkreise divergent sind, besteht keine Gefahr der Doppelzählung.

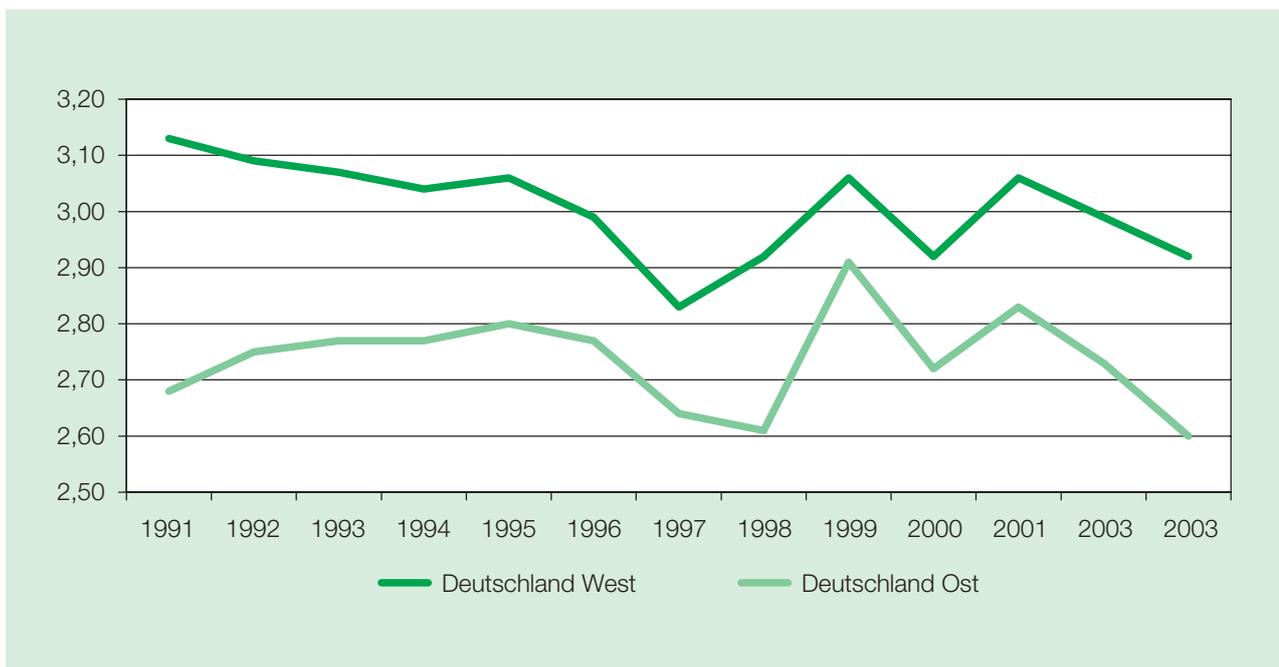
⁷ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt LANG (2002) auf der Basis von Lebenszufriedenheitsdaten aus der ALLBUS-Umfrage. Optimistischer fällt die Einschätzung von HABICH, NOLL und ZAPF (1999) auf der Basis von Daten aus dem Wohlfahrtssurvey 1998 aus.

Abbildung 1: Durchschnittliche Lebenszufriedenheit 2002/2003



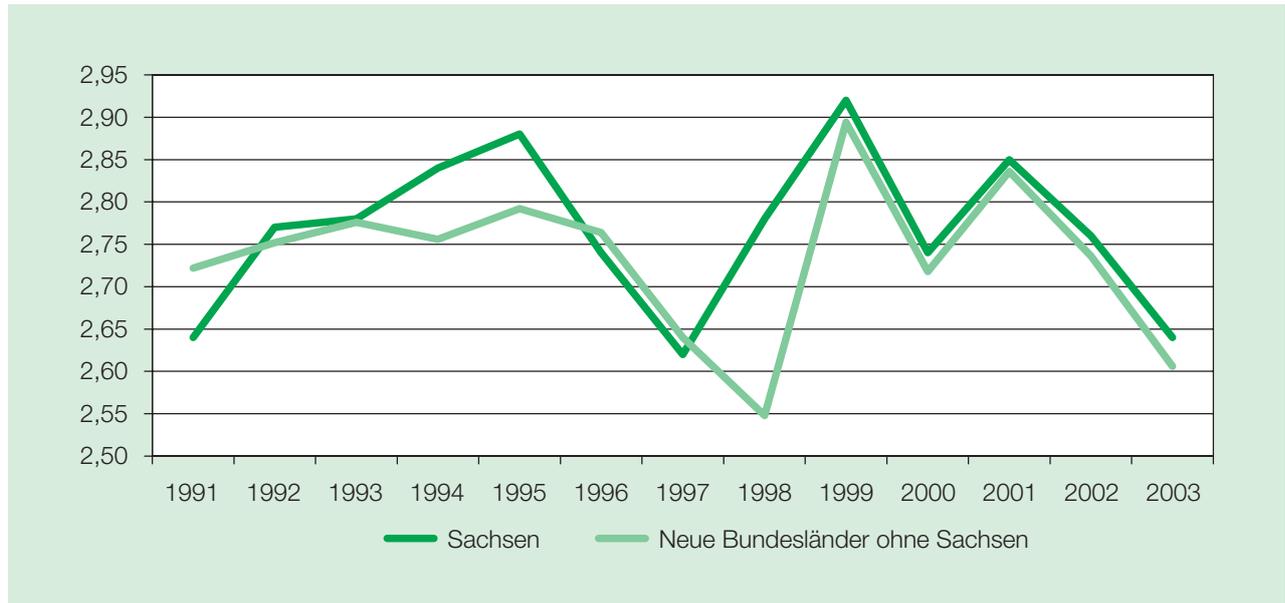
Quellen: Eurobarometer, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Durchschnittliche Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1991–2003



Quellen: Eurobarometer, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Sachsen und den übrigen neuen Bundesländern 1991–2003



Quellen: Eurobarometer, Berechnungen des ifo Instituts.

der Lebenszufriedenheit zwischen West- und Ostdeutschland auf die in den beiden Landesteilen bestehenden Unterschiede in den materiellen Lebensbedingungen zurückzuführen ist. In Betracht kommen neben dem Einkommen und dem Beschäftigungsstatus auch soziodemographische Faktoren. Große Unterschiede bestanden auch im Hinblick auf die soziokulturelle Ausgangssituation in West- und Ostdeutschland. Im Folgenden soll untersucht werden, ob die gefundenen Unterschiede in der Lebenszufriedenheit vorrangig auf ökonomische und soziodemographische Faktoren zurückgeführt werden können, oder ob daneben auch weitere systematische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland existieren, die den Niveauunterschied in der Lebenszufriedenheit erklären können. Darüber hinaus wird analysiert, ob im Hinblick auf diese zusätzlichen systematischen Unterschiede im Zeitablauf eine Konvergenz stattgefunden hat.

In einem ersten Schritt analysieren wir die Determinanten der Lebenszufriedenheit für die Jahre 1991/1992 mit Hilfe einer Regression. Als erklärende Variable dient die Lebenszufriedenheit. Als erklärende Variablen werden neben einer Regressionskonstante nur Dummy-Variablen verwendet.⁸ Die Variablen umfassen sowohl ökonomische als auch soziodemographische Aspekte. Einen Überblick über die verwendeten Daten gibt Tabelle 1. Die Auswahl dieser Variablen orientiert sich an den Ergebnissen vergleichbarer Untersuchungen,⁹ der Datenverfügbarkeit und der Signifikanz des Zusammenhangs. Außerdem wurden solche Variablen aus der Untersuchung

ausgeschlossen, die untereinander stark korreliert waren, um so Probleme der Multikollinearität auszuschalten. Um herauszufinden, ob es systematische Unterschiede zwischen der Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland gibt, die nicht durch die aufgeführten ökonomischen und soziodemographischen Faktoren erklärt werden können, haben wir weiterhin eine Dummyvariable für die neuen Bundesländer berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Regression für die Jahre 1991/1992 sind in den Spalten 2 und 3 von Tabelle 2 zusammengestellt.¹⁰

Im Hinblick auf die ökonomischen und die soziodemographischen Faktoren ergeben sich ähnliche Ergebnisse wie in anderen Untersuchungen.¹¹ Der stärkste Effekt

⁸ Dummy-Variablen können lediglich den Wert 0 oder 1 annehmen. Die Dummy-Variablen nimmt den Wert 1 an, wenn das Individuum die durch die Dummy-Variablen beschriebene Eigenschaft aufweist. Ansonsten beträgt ihr Wert 0.

⁹ Für einen Überblick über die Determinanten der Lebenszufriedenheit vgl. FREY und STUTZER (2002).

¹⁰ Da die erklärende Variable, die Lebenszufriedenheit, aufgrund ihrer Konstruktion lediglich Werte zwischen 1 und 4 annehmen kann, könnte alternativ auch auf Logit- und Probit-Schätzungen zurückgegriffen werden. Der Nachteil dieser Methoden liegt allerdings darin, dass sich lediglich die Vorzeichen der Koeffizienten aus Logit- und Probit-Schätzungen interpretieren lassen, nicht jedoch deren absolute Höhe. Um die Ergebnisse aus den OLS-Schätzungen zu untermauern, haben wir für jede Regression zusätzlich eine Logit- und eine Probit-Schätzung vorgenommen. Die Vorzeichen und die Signifikanzniveaus erwiesen sich als mit den Regressions-schätzungen konsistent.

¹¹ Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der ökonomisch motivierten Lebenszufriedenheitsforschung findet sich bei FREY und STUTZER (2002).

Tabelle 1: Definition der Dummy-Varianten

Dummy-Variable = 1, falls
Männlich	Individuum männlich ist
Hausfrau	Individuum Hausfrau ist
Rentner	Individuum Rentner ist
Schüler	Individuum Schüler ist
Arbeitslos	Individuum arbeitslos ist
Ausbildung > 18 Jahre	Individuum Ausbildung erst im Alter von mehr als 18 Jahren abgeschlossen hat
Mittleres Einkommen	Einkommen des Individuums im mittleren Einkommensbereich liegt
Hohes Einkommen	Einkommen des Individuums im oberen Einkommensbereich liegt
Selbstständig	Individuum selbstständig oder als leitender Angestellter tätig ist
Geschieden/verwitwet	Individuum geschieden oder verwitwet ist
Neue Bundesländer	Individuum in den neuen Bundesländern lebt

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Tabelle 2: Determinanten der Lebenszufriedenheit 1991/1992 und 2002/2003

Variable	1991/1992		2002/2003	
	Koeffizient	Signifikanz	Koeffizient	Signifikanz
Konstante	2,982	0,000	2,822	0,000
Männlich	-0,041	0,003	-0,031	0,132
Hausfrau	0,071	0,001	0,040	0,284
Rentner	0,115	0,000	0,087	0,000
Schüler	0,194	0,000	0,217	0,001
Arbeitslos	-0,439	0,000	-0,463	0,000
Ausbildung > 18 Jahre	0,032	0,041	0,052	0,018
Mittleres Einkommen	0,130	0,000	0,119	0,000
Hohes Einkommen	0,258	0,000	0,268	0,000
Selbstständig	0,051	0,019	0,110	0,004
Geschieden/verwitwet	-0,152	0,000	-0,093	0,000
Neue Bundesländer	-0,331	0,000	-0,196	0,000
Korr. R ²	0,126		0,120	
N	10.010		4.554	

Quellen: Eurobarometer, Berechnungen des ifo Instituts.

geht von individueller Arbeitslosigkeit aus.¹² Individuelle Arbeitslosigkeit senkt die Lebenszufriedenheit um immerhin 0,439 Einheiten. Daneben stellt sich das relative Einkommen als wichtiger Faktor der Lebenszufriedenheit heraus.¹³ Männer sind tendenziell unzufriedener als Frauen;¹⁴ junge und ältere Menschen sind zufriedener als Personen mittleren Alters.¹⁵ Scheidungen und Todesfälle des Ehepartners haben einen negativen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit.¹⁶ Der Ausbildungsstand, hier gemessen durch das Alter bei Abschluss der Ausbildung, hat einen positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit.

Aber selbst nach Korrektur um diese ökonomischen und soziodemographischen Faktoren verbleibt ein signifikanter¹⁷ Unterschied in der Lebenszufriedenheit West- und Ostdeutscher. Abgesehen von individueller Arbeitslosigkeit gibt es keine andere Variable, die einen derartig negativen Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat, wie die Dummy-Variable für die neuen Bundesländer. Es liegt nahe zu vermuten, dass sich hinter dieser Variable soziokulturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland verbergen, die durch die übrigen Variablen nicht erfasst wurden. So könnte hierin z. B. eine generelle Unzufriedenheit mit dem neuen politischen, dem ökonomischen und dem Wertesystem zum Ausdruck kommen. Interessant ist nun die Frage, ob im Hinblick auf diese soziokulturellen Faktoren in der letzten Dekade ein Konvergenzprozess stattgefunden hat.¹⁸ Um diese Frage beantworten zu können, wiederholen wir die Regression mit Daten aus den Jahren 2002/2003. Die Ergebnisse sind im rechten Teil der Tabelle 2 zusammengestellt.

Das Vorzeichen aller Koeffizienten, in vielen Fällen auch deren Dimension, bleibt bei Verwendung der aktuellen Daten unberührt. Allerdings sind die Koeffizienten für „männlich“ und „Hausfrau“ nun nicht mehr zum 10 %-Irrtumsniveau signifikant. Die betragsmäßig größte Veränderung ergibt sich beim Koeffizienten der Dummy-Variablen für Ostdeutschland, die von vormals $-0,331$ auf nun $-0,196$ gesunken ist. Auch gegenwärtig existieren also noch signifikante, soziokulturell bedingte Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen; die Bedeutung dieser Unterschiede hat sich aber deutlich verringert.

Interessant ist weiterhin, ob es zwischen den neuen Bundesländern signifikante Unterschiede in der Lebenszufriedenheit gibt und inwiefern sich diese Unterschiede seit der deutschen Wiedervereinigung entwickelt haben. Wir wiederholen zu diesem Zweck die obigen Regressionen mit den ostdeutschen Daten für die beiden

Zeiträume 1991/1992 und 2002/2003 und fügen für jedes der neuen Bundesländer eine Dummy-Variable ein. Dabei dient Sachsen als Vergleichsland. Die Ergebnisse sind in Tabelle 3 zusammengestellt.

In der Periode 1991/1992 findet sich lediglich ein signifikanter Unterschied zwischen Sachsen und den übrigen ostdeutschen Bundesländern: in Sachsen-Anhalt konnte eine signifikant höhere, nicht durch die berücksichtigten Variablen erklärte Lebenszufriedenheit als in Sachsen festgestellt werden. Allerdings fällt dieser Effekt mit $0,047$ Einheiten relativ gering aus. Bei der Untersuchung des Zeitraums 2002/2003 hingegen gibt es kein ostdeutsches Bundesland mehr, das eine signifikant höhere Lebenszufriedenheit aufweisen würde als Sachsen. Dagegen ergibt sich nun für Brandenburg und Thüringen eine signifikant geringere Lebenszufriedenheit von $-0,142$ bzw. $-0,117$ Einheiten. Zwischen den neuen Bundesländern hat also keine Konvergenz sondern eine leichte Divergenz in der Lebenszufriedenheit stattgefunden.

Zusammenfassung

Die Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland hat sich im Verlauf der Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung tendenziell zwar angeglichen, dieser Prozess kann aber noch lange nicht als abgeschlossen angesehen werden. Nach wie vor ist die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland. Die geringere Lebenszufriedenheit ist zwar teilweise auf die im Westen günstigere wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Die Ergebnisse der hier vorgestellten empirischen Analyse deuten aber darauf

¹² Der starke Einfluss individueller Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit wurde u. a. in den Arbeiten von CLARK und OSWALD (1994), KORPI (1997), DiTELLA, MACCULLOCH und OSWALD (2001) und FREY und STUTZER (2002) nachgewiesen.

¹³ Ökonometrische Studien haben gezeigt, dass ein Anstieg des Durchschnittseinkommens eines Landes keinen signifikanten Einfluss auf die durchschnittliche Lebenszufriedenheit hat. Der Grund hierfür wird zumeist darin gesehen, dass Menschen dazu neigen, sich mit anderen zu vergleichen. Nur wenn sich die relative Position zum Durchschnitt verbessert, habe das Einkommen daher einen signifikanten Einfluss auf die Lebenszufriedenheit. Vgl. hierzu FREY und STUTZER (2002), S. 85–86.

¹⁴ Dieser Effekt wurde u. a. von INGLEHART (1990) und WHITE (1992) nachgewiesen. Die Ursachen für diese Gründe sind allerdings umstritten. Vgl. hierzu FREY und STUTZER (2002), S. 54–55.

¹⁵ Der über den Lebenszyklus U-förmige Verlauf der Lebenszufriedenheit wurde z. B. von OSWALD (1997) und BLANCHFLOWER und OSWALD (2000) nachgewiesen.

¹⁶ Vgl. hierzu die Studie von DIENER et al. (2000). Potenzielle Gründe für diesen Effekt werden in FREY und STUTZER (2002), S. 57–58 diskutiert.

¹⁷ Ein Effekt gilt als signifikant, wenn der Koeffizient mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 10 % von Null verschieden ist.

¹⁸ Es sei darauf hingewiesen, dass ein solcher Konvergenzprozess keinesfalls impliziert, dass die Einstellung der Bevölkerung der neuen Bundesländer gegen die Ansichten der westdeutschen Bevölkerung konvergiert. Der umgekehrte Fall ist ebenso möglich.

Tabelle 3: Determinanten der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland 1991/1992 und 2002/2003

Variable	1991/1992		2002/2003	
	Koeffizient	Signifikanz	Koeffizient	Signifikanz
Konstante (Sachsen)	2,673	0,000	2,659	0,000
Männlich	-0,057	0,002	-0,051	0,077
Hausfrau	-0,031	0,595	0,150	0,118
Rentner	0,065	0,005	0,069	0,047
Schüler	0,254	0,001	0,323	0,001
Arbeitslos	-0,397	0,000	-0,410	0,000
Ausbildung > 18 Jahre	-0,063	0,001	0,066	0,041
Mittleres Einkommen	0,140	0,000	0,115	0,001
Hohes Einkommen	0,274	0,000	0,278	0,000
Selbstständig	0,170	0,000	0,031	0,636
Geschieden/verwitwet	-0,066	0,010	-0,036	0,320
Sachsen-Anhalt	0,047	0,061	-0,016	0,712
Brandenburg	0,001	0,962	-0,142	0,001
Thüringen	0,005	0,866	-0,117	0,006
Mecklenburg-Vorpommern	-0,040	0,212	0,026	0,594
Berlin	0,018	0,553	0,026	0,594
Korr. R ²	0,091		0,106	
N	5.698		2.353	

Quellen: Eurobarometer, Berechnungen des ifo Instituts.

hin, dass auch soziokulturelle Faktoren eine Rolle spielen. Ähnlich wie der ökonomische Anpassungsprozess ist auch der soziokulturelle noch nicht abgeschlossen.¹⁹

Literatur

- BLANCHFLOWER D. G. und A. J. OSWALD (2000): The Rising Well-Being of the Young; in: D. G. BLANCHFLOWER und R. B. FREEMAN (Hrsg.): Youth Employment and Joblessness in Advanced Countries, Chicago.
- CLARK, A. E. und A. J. OSWALD (1994): Unhappiness and Unemployment; in: Economic Journal, 104, S. 648–659.
- DI TELLA, R., R. MACCULLOCH und A. J. OSWALD (2001): Preferences over Inflation and Unemployment: Evidence from Surveys of Happiness; in: American Economic Review, 91 (1), S. 335–341.
- DIENER, E. et al. (2000): Similarity of the Relations between Marital Status and Subjective Well-Being across Cultures; in: Journal of Cross Cultural Psychology, 31 (4), S. 419–436.
- EASTERLIN, R. A. (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence; in: P. A. DAVID und M. W. REDER (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth. Essays in Honour of Moses Abramovic; New York, S. 89–125.
- ECKEY, H.-F. und G. SCHUMACHER (2002): Divergenz und Konvergenz zwischen den Regionen Deutschlands; Volkswirtschaftlicher Diskussionsbeitrag der Universität Kassel, 41/02.
- FREY, B. S. und A. STUTZER (2002): Happiness and Economics. How the Economy and Institutions Affect Human Well-Being; New Jersey.
- HABICH, R., H.-H. NOLL und W. ZAPF (1999): Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998; in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22, S. 1–6.
- INGLEHART, R. F. (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Society; Princeton.

¹⁹ Zu dem gleichen Ergebnis kommt der überwiegende Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung. Vgl. hierzu SCHERER (2004).

- KORPI, T. (1997): Is Well-Being Related to the Employment-Status? Unemployment, Labor Market Policies and Subjective Well-Being among Swedish Youth; in: *Labour Economics*, 4 (2), S. 125–147.
- LANG, C. (2002): Weiterhin Differenzen in der subjektiven Lebenslagebewertung in Ost- und Westdeutschland; in: *Wirtschaft im Wandel*, 11/02, S. 339–345.
- MOSCHNER, M. (2004): Sampling and Fieldwork; www.gesis.org/en/data_service/euro-barometer/standard_eb/fieldwork.htm.
- NG, Y.-K. (1997): Happiness Surveys: Some Comparability Issues and an Exploratory Survey Based on just Perceivable Increments; in: *Social Indicators Research*, 38, S. 1–27.
- NIERHAUS, W. (1999): Zum Stand der Konvergenz in Ostdeutschland im Jahr 1999; in: *ifo Dresden berichtet*, 05/1999, S. 6–12.
- OSWALD, A. J. (1997): Happiness and Economic Performance; in: *Economic Journal*, 107, S. 1815–1831.
- POHL, R. (2000): Die unvollendete Transformation. Ostdeutschlands Wirtschaft zehn Jahre nach Einführung der D-Mark; in: *Wirtschaft im Wandel*, 6 (8), S. 223–239.
- PRIEWE, J. (2002): Zwischen Abkopplung und Aufholen – das schwache ostdeutsche Wachstumspotenzial; in: *WSI-Mitteilungen*, 12/2002, S. 706–713.
- SAMUELSON, P. A. (1947): *Foundations of Economic Analysis*; Cambridge.
- SCHERER, K.-J. (2003): Wertewandel aus dem Osten? Zur kulturellen Debatte über die Zukunft der Berliner Republik; in: *Perspektive* 21, 18, S. 25–36.
- WHITE, J. (1992): Marital Status and Well-Being in Canada; in: *Journal of Family Issues*, 13, S. 390–409.
- WINKLER, G. (1999): *Sozialreport 1999. Daten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern*; Berlin.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität: Eine mögliche „Doppelte Dividende“ der Arbeitsmarktpolitik?

Marcus Dittrich und Gunther Markwardt¹

Existiert ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität in Deutschland? Würde ein Rückgang der Arbeitslosigkeit auch einen Teil des Kriminalitätsproblems lösen?

Diese beiden Fragen stellen den Ausgangspunkt unserer Untersuchung dar. Mit Hilfe von Daten für die deutschen Bundesländer zeigen wir, dass ein solcher Zusammenhang tatsächlich besteht. Natürlich ist Arbeitslosigkeit nicht der einzige Einflussfaktor auf Kriminalität, dennoch kann ausgehend von diesen Ergebnissen argumentiert werden, dass eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik über eine Erhöhung der Beschäftigung auch dem Ausmaß an Kriminalität entgegenwirkt und damit ceteris paribus der Gesellschaft eine „Doppelte Dividende“ bescheren kann.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität als Spitzenreiter auf der deutschen Sorgenliste

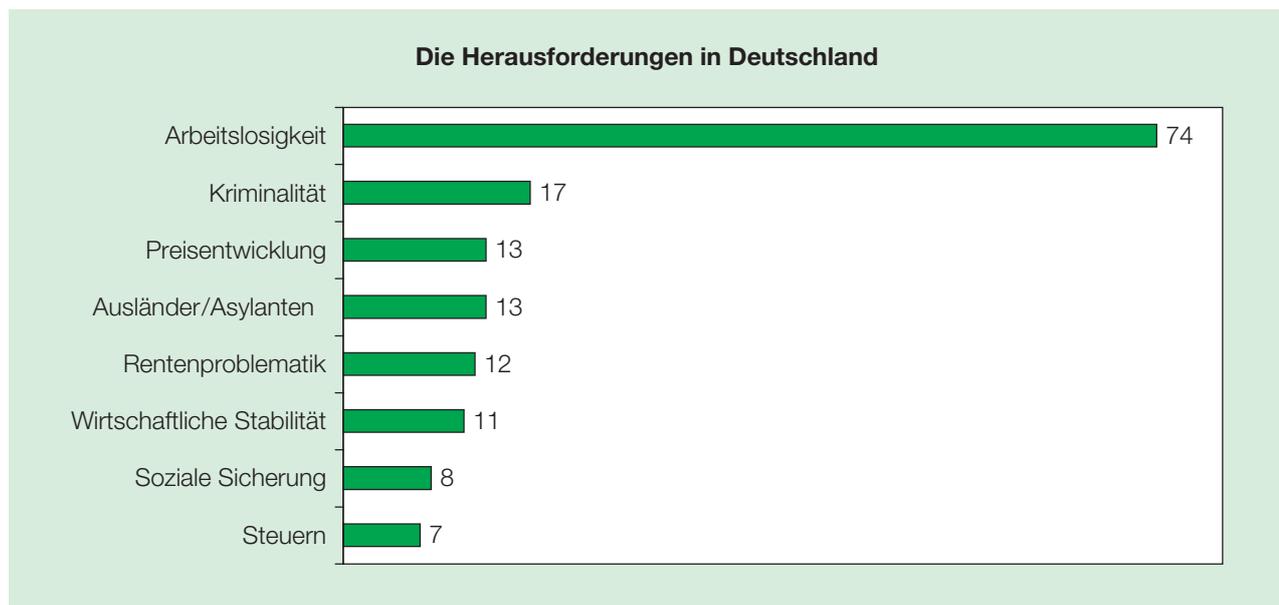
Die Themen Arbeitslosigkeit und Kriminalität haben in Deutschland derzeit höchste Priorität. Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt wird von 74 % der deutschen Bevölkerung als dringlichstes Problem bezeichnet

(GfK (2002)). An zweiter Stelle der Agenda steht mit 17 % der Wunsch nach einer stärkeren Bekämpfung der Kriminalität (vgl. Abb. 1).

Dass Arbeitslosigkeit von der deutschen Bevölkerung als größtes Problem angesehen wird, erscheint angesichts der auf relativ hohem Niveau stagnierenden Arbeitslosenquoten verständlich. Dass aber auch die Furcht vor Kriminalität berechtigt ist, zeigt die in Tabelle 1 dargestellte Übersicht über den Umfang der polizeilich verzeichneten Straftaten. Obwohl Deutschland im internationalen Vergleich kein Hochkriminalitätsland ist und die Anzahl der Pro-Kopf-Fälle in den schweren Verbrechenskategorien („Mord und Totschlag“ und „Vergewaltigung“) seit 1975 sogar zurückgegangen ist, weist die Zahl der Kriminalfälle im Jahr 2003 mit mehr als 6,5 Mill. eine Zunahme von über 125 % gegenüber dem Jahr 1975 auf. Berücksichtigt man das Bevölkerungswachstum innerhalb dieses Zeitraums, ist immer noch ein Anstieg von 68 % bei der Pro-Kopf-Kriminalität zu verzeichnen.

¹ Marcus Dittrich und Gunther Markwardt sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Technischen Universität Dresden.

Abbildung 1: Die von den Deutschen als am wichtigsten angesehenen Probleme (in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: GfK (2002).

Tabelle 1: Anzahl der Fälle in ausgewählten Kriminalitätskategorien in Deutschland (1975 und 2003)

Deliktsgruppe	Kriminalitätskategorie	Anzahl der Fälle (1975)		Anzahl der Fälle (2003)	
		Gesamt	Je 100.000 Einwohner	Gesamt	Je 100.000 Einwohner
DG 1	Mord und Totschlag (§§ 211–213, 216 StGB)	2.908	4,7	2.541	3,1
DG 2	Vergewaltigung (§ 177 StGB)	6.850	11,1	8.766	10,6
DG 3	Raub (§§ 249–255 StGB)	20.362	33	59.782	72
DG 4	Körperverletzung (§§ 223a, 224, 227, 229 StGB)	50.274	82	132.615	161
DG 5	Diebstahl (leicht) (§§ 242, 247, 248a, b, c StGB)	865.849	1.403	1.540.932	1.867
DG 6	Diebstahl (schwer) (§§ 243, 244a StGB)	1.044.569	1.695	1.488.459	1.803
DG 7	Betrug (§§ 263–265 StGB)	209.841	340	876.032	1.061
DG 8	Sachbeschädigung (§§ 303–305a StGB)	294.504 ^a	347	717.914	870
DG 0	Summe ^b	2.919.390	4.736	6.572.135	7.963

a) Die Daten der Kategorie „Sachbeschädigung“ sind für 1979 angegeben. – b) Die Gesamtzahl der Fälle enthält neben den oben aufgeführten noch weitere Kategorien, auf deren Angabe hier aus Platzgründen verzichtet wird.

Quelle: Bundeskriminalamt (verschiedene Jahre).

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt, dass das Kriminalitätsproblem in den neuen Bundesländern in noch größerem Maße auftritt als in den alten Bundesländern. In Abbildung 2 ist zu erkennen, dass sich zwar die Schere in den letzten Jahren immer weiter geschlossen hat, aber dennoch in den neuen Bundesländern weiterhin ein signifikant höherer Pro-Kopf-Wert zu verzeichnen ist.²

Aus sächsischer Sicht erfreulich sind die im Vergleich zu den neuen Bundesländern relativ niedrigen Kriminalitätswerte, die aber dennoch über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen.

Diesen angesprochenen Problemen kann sich auch die deutsche Politik nicht verschließen. So steht neben dem Dauerbrenner „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“ auch das Thema „Innere Sicherheit“ vor jeder Wahl im Fokus. Ein Blick in die Wahlprogramme der demokratischen Parteien zur sächsischen Landtagswahl 2004 zeigt, dass sich die Politik ihren diesbezüglichen Aufgaben grundsätzlich durchaus bewusst ist. Einerseits soll durch eine Senkung der Lohnnebenkosten und durch aktive Arbeitsmarktpolitik mehr Beschäftigung geschaffen werden. Anderer-

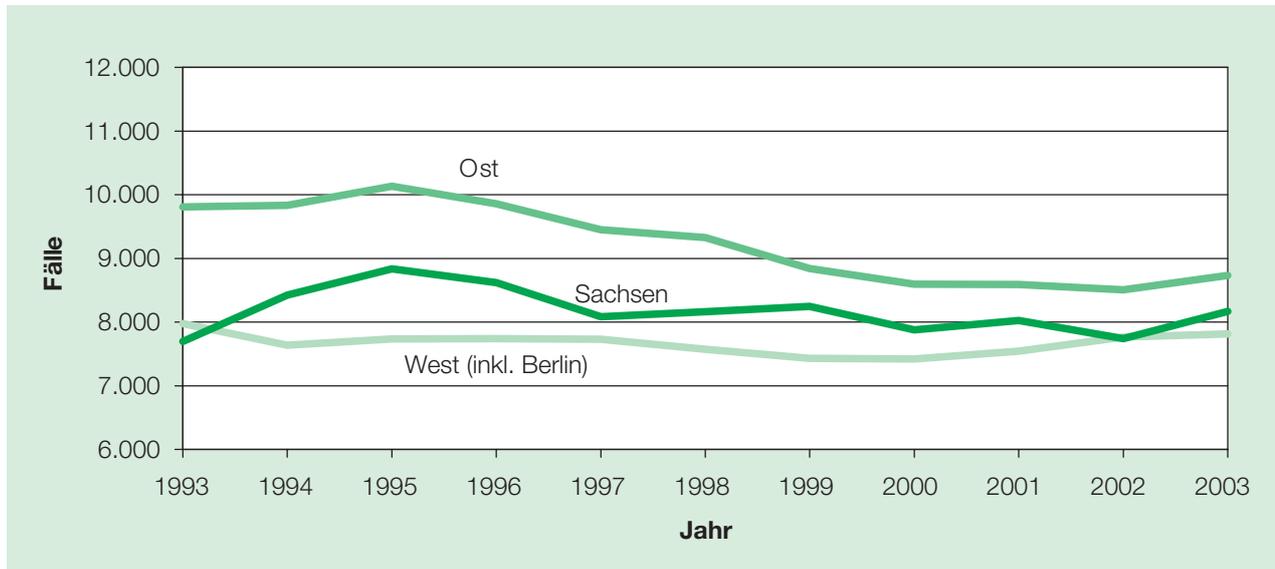
seits wird mit Hilfe staatlicher Präventionsausgaben die Kriminalität bekämpft.

Beide Faktoren stellen wichtige Bestandteile der Staatsausgaben dar, bei denen es nachzufragen gilt, ob sie der aus allokativer Sicht optimalen Verwendung zufließen. Diskussionswürdig erscheint daher die allgemeine Frage, ob hohe staatliche Ausgaben für Kriminalprävention in dieser Höhe effizient sind oder ob sie nicht an anderer Stelle gewinnbringender eingesetzt werden könnten.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Kriminalität in Deutschland von der Höhe der Arbeitslosigkeit beeinflusst wird. Dies impliziert, dass dem Ausmaß der Kriminalität durch ein Absenken der Arbeitslosenquote entgegengewirkt werden kann. Fiskalische Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, die das Ziel haben, die Beschäftigung zu erhöhen, üben somit einen positiven externen Effekt aus, da sie gleichzeitig für einen Rückgang der Kriminalität sorgen – in Anlehnung an die propagierten Arbeitsmarkteffekte der Ökosteuer kann man also von einer „Doppelten Dividende“ der Arbeitsmarktpolitik sprechen.

² Berlin wird dabei als altes Bundesland betrachtet.

Abbildung 2: Entwicklung der Pro-Kopf-Kriminalität in den alten und neuen Bundesländern und Sachsen (1993–2003, Anzahl der Fälle pro 100.000 Einwohner)



Quelle: Bundeskriminalamt (verschiedene Jahrgänge).

Tabelle 2: Anzahl der Fälle in ausgewählten Kriminalitätskategorien in Sachsen (2003)

Kriminalitätskategorie	Anzahl der Fälle (2003)	
	Gesamt	Je 100.000 Einwohner
Mord und Totschlag	72	1,7
Vergewaltigung	206	4,8
Raub	2.311	53
Körperverletzung	4.679	108
Diebstahl (leicht)	78.999	1.828
Diebstahl (schwer)	74.339	1.720
Betrug	55.791	1.291
Sachbeschädigung	44.745	1.035
Summe	352.866	8.165

Quelle: Bundeskriminalamt (2003).

Mögliche Einflussfaktoren auf die Kriminalität

Die theoretische Analyse der die Kriminalität beeinflussenden Faktoren geht zurück auf die grundlegenden Untersuchungen von BECKER (1968) und EHRLICH (1973). Ein Individuum steht vor der Entscheidung, seinen Lebensunterhalt aus legalen oder illegalen Tätigkeiten zu bestreiten. Einerseits kann es ein (sicheres) Einkommen aus Arbeit bzw. Arbeitslosenunterstützung erzielen, andererseits bestehen (unsichere) Verdienstmöglichkeiten aus kriminellen Tätigkeiten. Der erwartete Vorteil aus dieser unsicheren Alternative ist sowohl abhängig von der

Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Aufdeckung der illegalen Tätigkeit kommt, als auch von der Höhe der Verdienstmöglichkeit bzw. vom Umfang der zu erwartenden Bestrafung. Auf diese Faktoren kann der Staat direkt Einfluss nehmen: zum einen über die Ausgestaltung der Rechtssprechung auf die Höhe der Strafe und zum anderen über Ausgaben für Kriminalitätsbekämpfung, z. B. für Polizei oder Strafjustiz, die die Entdeckungswahrscheinlichkeiten beeinflussen. Der individuelle Vorteil aus gesetzeswidrigen Handlungen ist umso geringer, je höher die Entdeckungswahrscheinlichkeit bzw. die zu erwartende Strafe ist. Auf der anderen Seite wird das Einkommen

aus legalen Tätigkeiten vom Umfang der Arbeitslosigkeit in einer Volkswirtschaft determiniert. Je niedriger die Arbeitslosenquote ist, desto mehr Personen erhalten (ein im Vergleich zur Arbeitslosenunterstützung höheres) Arbeitseinkommen.

Die ökonomische Literatur hat darüber hinaus weitere Variablen identifiziert, die die Kriminalität beeinflussen. Insbesondere soziodemographische Faktoren scheinen dabei eine wichtige Rolle zu spielen (ENTORF und SPENGLER (2000), FREEMAN (1999), GROGGER (1997)). So werden 28,4 % aller Straftaten in Deutschland von Jugendlichen unter 21 Jahren begangen (BUNDESKRIMINALAMT (2003)). Gründe für diesen relativ hohen Wert könnten im unterdurchschnittlichen Einkommen dieser Altersgruppe liegen oder in der noch nicht hinreichend stark ausgeprägten Erkenntnis, dass durch kriminelle Handlungen das soziale Ansehen sinkt (EIDE (1994)).

Des Weiteren sind Ausländer mit einem Wert von 19 %, ³ verglichen mit ihrem Anteil an der Bevölkerung (8,9 %), überdurchschnittlich oft in der Kriminalstatistik der Tatverdächtigen vertreten (BUNDESKRIMINALAMT (2003), STATISTISCHES BUNDESAMT (2003)).

Ein zusätzlicher wichtiger Faktor scheint die familiäre Stabilität zu sein. So fanden GLAESER und SACERDOTE (1999) heraus, dass 45 % aller in Großstädten verübten Straftaten von Personen begangen wurden, die aus nicht intakten Familienverhältnissen stammen.

Datenbasis und empirische Befunde

Im Folgenden wird auf Basis deutscher Daten untersucht, ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und Arbeitslosigkeit existiert. Darüber hinaus werden weitere potenzielle Einflussfaktoren der Kriminalität einer empirischen Überprüfung unterzogen. Für unsere empirische Untersuchung verwenden wir die gewonnenen Erkenntnisse des vorherigen Abschnitts. Die Schätzung der Einflussfaktoren, welche das Ausmaß an Kriminalität in Deutschland bestimmen, erfolgt anhand von Paneldaten für alle 16 deutschen Bundesländer für den Zeitraum 1979–2003.⁴

Tabelle 3 beschreibt die verwendeten Variablen in der Regressionsanalyse.

³ Dieser Wert berücksichtigt die Tatsache, dass manche Straftaten per definitionem nur von Ausländern begangen werden können (z. B. Verstöße gegen das Asylrecht). Rechnet man diesen Fakt heraus, erhöht sich der Ausländeranteil in der Kriminalstatistik auf 23,5 %. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass das Durchschnittsalter der in Deutschland lebenden Ausländer geringer ist als das der deutschen Bevölkerung und damit – aufgrund des oben diskutierten Punktes, dass jüngere Personen tendenziell krimineller sind – eine Verzerrung zu Ungunsten der Ausländer vorliegt (STATISTISCHES BUNDESAMT (2002)).

⁴ Für die neuen Bundesländer beginnt das Sample mit dem Jahr 1993. Die Beobachtungspunkte für Berlin (Ost) werden ab dem Jahr 1991 Berlin (West) zugeschlagen und werden in der Gesamtheit als altes Bundesland betrachtet. Diese Vorgehensweise wurde aufgrund der gemeinsamen Ausweisung der Daten für Berlin ab dem Jahr 1995 notwendig (vgl. BUNDESKRIMINALAMT (verschiedene Jahre)).

Tabelle 3: Variablen der Regressionsanalyse

Variablen der Regressionsanalyse	
CRIME	Anzahl polizeilich bekannt gewordener Straftaten je 100.000 Einwohner
CRIME 1–8	Anzahl polizeilich bekannt gewordener Straftaten in der jeweiligen Deliktgruppe je 100.000 Einwohner (zur Bezeichnung der Deliktgruppen s. Tab. 1)
UNEMPL	Arbeitslosenquote
CLUP	Aufklärungsquote (Anzahl aufgeklärter Fälle multipliziert mit 100 geteilt durch die bekannt gewordenen Fälle)
CLUP 1–8	Aufklärungsquote in den einzelnen Deliktgruppen
POP1524M	Anteil der männlichen Bevölkerung im Alter von 15–24 Jahren an der Gesamtbevölkerung
FOR	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung
BIP	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
DIV	Ehescheidungen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung
GOV	Regierungsdummy (= –1, falls die jeweilige Landesregierung von der CDU/CSU geführt wurde; = 1, falls die jeweilige Landesregierung von der SPD geführt wurde; = 0 im Falle einer großen Koalition)
EAST	Dummy-Variable für die neuen Bundesländer
CITY	Dummy-Variable für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Die Daten polizeilich bekannt gewordener Straftaten und die Aufklärungsquoten sind der Polizeilichen Kriminalstatistik entnommen (BUNDESKRIMINALAMT (verschiedene Jahre)). Die Variable *CRIME* (in den Deliktgruppen 1–8) beschreibt den Umfang der bekannt gewordenen Kriminalität in den einzelnen Bundesländern. Mit den Aufklärungsquoten kann, angelehnt an BECKER (1968) und EHRlich (1973), die Entdeckungswahrscheinlichkeit einer Straftat erfasst werden. Somit ist die Variable *CLUP* gleichzeitig ein Indikator für die Kriminalprävention der Bundesländer.⁵ Die Arbeitslosenquoten sind den Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur/Bundesanstalt für Arbeit entnommen (BUNDESAGENTUR/BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (verschiedene Jahre)). Mit *UNEMPL* approximieren wir die legalen Verdienstmöglichkeiten in jedem Bundesland.

Der Ausländeranteil, der Anteil junger Männer an der Gesamtbevölkerung und das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der Bundesländer wurden mit Daten des Statistischen Bundesamtes berechnet. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt stellt ein Maß für den Umfang illegaler Einkommensmöglichkeiten dar (EHRlich (1973), ENTORF und SPENGLER (2000)).⁶

Die Variable *DIV*, die die Anzahl der Ehescheidungen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung misst, dient als Indikator für die familiäre Stabilität in den einzelnen Bundesländern.

Eine hohe Zahl von Inhaftierungen sollte *ceteris paribus* mit einem geringeren Ausmaß an Kriminalität einhergehen. Zum einen sollten hohe Strafen eine abschreckende Wirkung entfalten, zum anderen wird potenziellen Wiederholungstätern auch die Möglichkeit genommen, weitere unrechtmäßige Aktivitäten zu begehen. Mit der Variable *GOV* wird die unterschiedliche Härte der Rechtsanwendungen unter Regierungen verschiedener Couleur erfasst. Mit *EAST* und *CITY* berücksichtigen wir speziell die Einflüsse der neuen Bundesländer und der bundesdeutschen Stadtstaaten.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung basieren auf Panelregressionen in Variation der folgenden Grundgleichung:

$$\ln(\text{CRIME}_{it}) = \alpha_i + \beta \cdot \ln(\text{CRIME}_{it}) + \gamma \cdot \ln(\text{CLUP}_{it}) + \delta \cdot \ln(Z_{it}) + \varepsilon_{it} \quad (1)$$

Die Verwendung logarithmierter Variablen erleichtert die Interpretation der geschätzten Koeffizienten.⁷ Die Variable CRIME_{it} ist das erfasste Ausmaß an Kriminalität (je 100.000 Einwohner) im Bundesland i in Jahr t . Mit der Variable CLUP_{it} wird die Entdeckungswahrscheinlichkeit als abschreckender Einfluss auf Kriminalität gemessen.

Der Vektor Z_{it} umfasst alle weiteren ökonomischen und soziodemographischen Einflussfaktoren, welche in Tabelle 3 dargestellt wurden. Anhand der Koeffizienten (α , β , γ und δ) kann dann auf die Richtung eines möglichen Zusammenhangs geschlossen werden. ε_{it} ist der nicht durch die übrigen Einflussgrößen erklärte Teil der tatsächlich beobachteten Kriminalität.

Die Verwendung von separaten Konstanten für jedes Bundesland (α_i)⁸ trägt der unbeobachtbaren Heterogenität zwischen den verschiedenen Bundesländern Rechnung. Mit diesen Variablen können z. B. unterschiedliche Strukturen in der Verbrechensbekämpfung oder dem Urbanisierungsgrad eines Bundeslandes berücksichtigt werden. In einer zweiten Regression berücksichtigen wir speziell die Einflüsse von neuen und alten Bundesländern bzw. die Sonderstellung der Stadtstaaten. Dazu verwenden wir anstelle der separaten Konstanten für jedes Bundesland die Variablen *EAST* und *CITY*. Die Ergebnisse erweisen sich als recht robust gegenüber alternativen Spezifikationen der Schätzgleichung (1).

Tabelle 4 fasst unsere empirischen Ergebnisse zusammen. Alle Schätzungen werden sowohl für die Summe der erfassten Kriminalitätsfälle (DGO) als auch für die 8 verschiedenen Deliktgruppen (DG1–DG8) durchgeführt.

Das Ergebnis der Panelschätzung zeigt, dass es in den meisten Deliktgruppen einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und dem erfassten Ausmaß an Kriminalität gibt. Verbesserte Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt können somit den Umfang der Kriminalität in einer Gesellschaft reduzieren. Nur in den Deliktgruppen „Vergewaltigung“ (DG2) und „Körperverletzung“ (DG4) findet sich ein gegenteiliges Ergebnis. Hierbei handelt es sich um Straftaten, welcher weniger eindeutig in Einklang mit ökonomischen Zusammenhängen gebracht werden können (ENTORF und SPENGLER (2000)). Ein ebenfalls theoriekonformes Ergebnis findet sich für die Aufklärungsquoten:

⁵ Sicherlich ist diese Variable in mancher Beziehung diskussionswürdig. Andere Maße für die Präventionsanstrengungen sind zum Beispiel die Polizeidichte, die Präventionsausgaben der Polizeibehörden oder die Länge der verhängten Haftstrafen. Diese Daten liegen uns nicht in ausreichendem Umfang vor, sodass wir uns auf die Aufklärungsquoten beschränken müssen.

⁶ Die Intuition dahinter ist, dass bei steigendem Volkseinkommen auch die potenziellen absoluten Gewinne aus illegalen Tätigkeiten steigen (EHRlich (1973)).

⁷ Durch die Verwendung einer log-log-Spezifikation der Variablen lassen sich die geschätzten Koeffizienten als Elastizitäten interpretieren (vgl. ENTORF und SPENGLER (2000)).

⁸ Für eine Beobachtung aus dem Bundesland i nimmt diese Variable den Wert 1 an. Für alle anderen Beobachtungen ($j \neq i$) nimmt die Variable den Wert 0 an. Somit können in einem Panel bundeslandspezifische, in der Zeit konstante Effekte berücksichtigt werden.

Tabelle 4: Schätzergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland (1979–2003)

Koeffizienten	DG 0	DG 1	DG 2	DG 3	DG 4	DG 5	DG 6	DG 7	DG 8
lnUNEMPL	0,14**	0,19**	-0,16**	0,29**	-0,09**	0,01	0,29**	0,34**	0,03
	(0,013)	(0,046)	(0,044)	(0,038)	(0,029)	(0,017)	(0,049)	(0,053)	(0,035)
lnCLUP	-0,52**	-1,38**	0,46**	-0,64**	0,95**	0,02**	-0,38**	0,37*	-0,30**
	(0,045)	(0,237)	(0,165)	(0,113)	(0,258)	(0,004)	(0,080)	(0,182)	(0,067)
lnPOP1524M	0,15**	0,24	0,69**	-0,52**	-0,02	0,14*	0,13	-0,01	-0,12
	(0,049)	(0,164)	(0,124)	(0,091)	(0,099)	(0,058)	(0,169)	(0,181)	(0,088)
lnFOR	0,28**	0,23*	0,43*	0,79*	0,37**	0,32**	0,15	0,29*	0,05
	(0,039)	(0,131)	(0,101)	(0,091)	(0,089)	(0,046)	(0,117)	(0,121)	(0,068)
lnBIP	0,12**	-0,37**	-0,08	-0,23*	0,15	-0,13**	-0,65**	0,50**	0,24**
	(0,043)	(0,118)	(0,110)	(0,099)	(0,087)	(0,044)	(0,110)	(0,120)	(0,074)
lnDIV	-0,05	-0,30	0,22*	-0,22*	0,36**	-0,08*	-0,15	0,02	0,10
	(0,029)	(0,104)	(0,089)	(0,098)	(0,066)	(0,041)	(0,105)	(0,113)	(0,067)
GOV	0,007	-0,02	-0,03	-0,03**	-0,01	-0,02**	0,04**	0,01	-0,00
	(0,006)	(0,015)	(0,017)	(0,012)	(0,009)	(0,007)	(0,017)	(0,018)	(0,011)
Korr. R ²	0,978	0,802	0,847	0,965	0,931	0,962	0,928	0,880	0,919

In Klammern sind die Standardabweichungen der Koeffizienten (** 99 % Signifikanzniveau, * 90 % Signifikanzniveau) angegeben. Auf die Angabe der Länderdummies wurde aus Platzgründen verzichtet.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Erhöht der Staat die Entdeckungswahrscheinlichkeit einer Straftat, geht in den meisten Deliktgruppen der Umfang krimineller Aktivitäten zurück.

Beschränkt man das Datensample ausschließlich auf die neuen Bundesländer, ist das Ergebnis weniger eindeutig. Allerdings sollten diese Ergebnisse nur mit Vorsicht interpretiert werden, da der Sampleumfang mit 10 Beobachtungen für 5 Bundesländer selbst für eine Paneluntersuchung sehr kurz ist. Somit kann die Frage nach den signifikanten Einflussfaktoren auf Kriminalität in den neuen Bundesländern noch nicht abschließend beantwortet werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Die empirische Untersuchung zeigt, dass die Höhe der Aufklärungsraten in den deutschen Bundesländern den größten Einfluss auf das Ausmaß der Kriminalität hat. Ein zweiter wichtiger Einflussfaktor ist die Höhe der Arbeitslosigkeit. Erfolgreiche aktive und passive Arbeitsmarktpolitik

kann nicht nur die unerwünscht hohen Arbeitslosenquoten verringern, sondern wirkt gleichzeitig wie eine erhöhte Kriminalprävention. Insofern kann von einer „Doppelten Dividende“ der Arbeitsmarktpolitik gesprochen werden.

In Weiterführung dieser Argumentation stellt sich in Hinblick auf die Verteilung staatlicher Budgetmittel die Frage, ob diesem Effekt bereits in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. In weiteren Untersuchungen wäre daher die unmittelbare Einbeziehung verschiedener Programme aktiver Arbeitsmarktpolitik nötig, um die bisher nur qualitativ zu treffenden Aussagen quantitativ zu stützen.⁹ Bisher scheitern diese Versuche jedoch an der noch unzureichenden Datenbasis.

⁹ Ein erstes Ergebnis in dieser Richtung liefern AGELL und NILSSON (2003), die die positiven Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf den Umfang der Kriminalität in einer Studie für schwedische Gemeinden nachweisen.

Literatur

- AGELL, J. und A. NILSSON (2003): Crime, Unemployment and Labor Market Programs in Turbulent Times, Working Paper 2003: 14, Institute for Labour Market Policy Evaluation, Uppsala.
- BECKER, G. (1968): Crime and Punishment: An Economic Approach, *Journal of Political Economy* 76 (2), 169–217.
- BUNDESAGENTUR/BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.) (verschiedene Jahre): Amtliche Nachrichten der Bundesagentur/Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.
- BUNDESKRIMINALAMT (Hrsg.) (verschiedene Jahre): Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- EHRlich, I. (1973): Participation in Illegitimate Activities: A Theoretical and Empirical Investigation, *Journal of Political Economy* 81, S. 521–565.
- EIDE, E. (1994): *Economics of Crime: Deterrence and Rational Offender*, North Holland, Amsterdam.
- ENTORF, H. und H. SPENGLER (2000): Socioeconomic and Demographic Factors of Crime in Germany: Evidence from Panel Data of the German States, *International Review of Law and Economics* 20, S. 75–106.
- FREEMAN, R. (1999): The Economics of Crime, in: O. ASHENFELTER und D. CARD (Hrsg.): *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3C, Elsevier, Amsterdam, S. 3529–3571.
- GfK (Hrsg.) (2002): *Challenges of Europe 2002*, Nürnberg.
- GLAESER, E. und B. SACERDOTE (1999): Why is there more Crime in Cities?, *Journal of Political Economy* 107 (6), S. 225–258.
- GROGGER, J. (1997): *Market Wages and Youth Crime*, NBER Working Paper No. 5983, Cambridge.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (verschiedene Jahre): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.

Konjunkturperspektiven 2004/2005: Erholung setzt sich fort¹

Wolfgang Nierhaus²

Weltwirtschaft verliert etwas an Dynamik

Der kräftige Aufschwung in der Weltwirtschaft verliert seit dem Frühjahr 2004 etwas an Fahrt. Die Abschwächung erklärt sich zum Teil aus einer Straffung der bisher sehr expansiven Wirtschaftspolitik. Zwar blieben die monetären Rahmenbedingungen zumeist ausgesprochen günstig. In den USA liefen aber finanzpolitische Impulse aus, und in China, dem zweiten Kraftzentrum, wurden administrative Maßnahmen ergriffen, um die überschäumende Konjunktur zu zügeln. Zusätzlich gedämpft wurde die wirtschaftliche Aktivität von dem starken Anstieg der Rohölpreise. Sie erreichten bis in den Oktober immer neue Rekordhöhen. Der ölpreisbedingte Kaufkraftentzug bremste insbesondere den privaten Konsum. Die Unternehmensinvestitionen, die – unterstützt von der sehr expansiven Geldpolitik im vergangenen Jahr – mehr und mehr Dynamik entfaltet hatten, wurden hingegen weiter zügig ausgedehnt.

Für den Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass die Geldpolitik weltweit angesichts der sich festigenden Konjunktur allmählich weiter gestrafft wird, um einer Verstärkung der Inflationserwartungen vorzubeugen. Zwar dürfte die Geldpolitik auch im Jahr 2005 noch nicht restriktiv wirken, doch werden die Anregungen für die Konjunktur von monetärer Seite nach und nach geringer. Hinzu kommt, dass die Finanzpolitik im kommenden Jahr auch in den USA nicht mehr expansiv ausgerichtet ist und dadurch die konjunkturelle Expansion etwas nachlässt. In Japan steht der verminderten Zunahme der Exporte eine Festigung der Binnenkonjunktur gegenüber. Im Euroraum steigt die Produktion in wenig veränderten Tempo. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in der Welt im kommenden Jahr mit einer Rate von 3,2% zunehmen, nach einem sehr kräftigen Anstieg um 3,9% in diesem Jahr. Insgesamt scheinen die konjunkturellen Auftriebskräfte so gefestigt zu sein, dass trotz des Ölpreisanstiegs und der nachlassenden Impulse der Geld- und Finanzpolitik ein Abgleiten in einen Abschwung nicht zu erwarten ist. Gleichwohl bildet der

Ölpreisanstieg gegenwärtig ein besonderes Risiko für die weitere Entwicklung.

Deutsche Wirtschaft: Konjunkturelle Dynamik bleibt gering

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Erholung in der ersten Hälfte dieses Jahres spürbar gefestigt. Die konjunkturelle Dynamik ist im Vergleich zu früheren Aufschwüngen aber gering. Impulse kamen bisher ausschließlich vom Ausland. Sie haben noch nicht auf die Nachfrage im Inland übergegriffen und die binnenwirtschaftliche Schwäche hält nunmehr ungewöhnlich lange an. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Belegung noch nicht angekommen. Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten seit Jahresbeginn langsam zu. Dies ist aber vor allem eine Folge neuer Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Minijobs und Ich-AGs. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist hingegen weiter gesunken und die Arbeitslosigkeit ist spürbar gestiegen. Die Zahl der offenen Stellen nimmt nach wie vor ab. Der Preisauftrieb hat sich im Gefolge der starken Verteuerung von Energieträgern und anderen Rohstoffen sowie neuerlicher Anhebungen von administrierten Preisen beschleunigt, ohne dass sich aber inflationäre Gefahren zeigen. Insbesondere sind keinerlei Zweitrundeneffekte des Ölpreisanstiegs sichtbar. Der Anstieg der Effektivlöhne ist auf Grund der vermehrten Inanspruchnahme betrieblicher Öffnungsklauseln und auf Grund von Kürzungen übertariflicher Leistungen gering.

Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute, dass die außenwirtschaftlichen Impulse schwächer werden, da der globale Aufschwung insbesondere in seinen Kraftzentren USA und China an Tempo verliert. Vor diesem Hintergrund werden die Exportzuwächse in der Tendenz sinken, gleichzeitig expandiert die Inlandsnachfrage nicht stark genug, um dies auszugleichen. Maßgeblich für die Verlangsamung ist die geringe Zunahme des privaten Konsums. Zwar wird er sich zu Jahresbeginn 2005 im Gefolge der nächsten Stufe der Steuerreform und der Aufhellung der Arbeitsmarktperspektiven beleben. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Zunahme aber vergleichsweise gedämpft bleiben, denn die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte sind insbesondere wegen geringer mittelfristiger Wachstumsaussichten gedrückt;

¹ Gekürzte Fassung des „Herbstgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2004, S. 3–53.

² Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

bremsend wirken zudem die weiterhin hohen Energiepreise. Merklich rascher dürften die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet werden. Neben anhaltend günstigen Absatzperspektiven im Ausland spielt hierfür die bessere Ertragssituation infolge der niedrigen Zinsen, der wenig steigenden Löhne sowie der Konsolidierungserfolge in den Unternehmen eine Rolle. Ein Ende der Talfahrt bei den Bauinvestitionen ist dagegen im Prognosezeitraum nicht abzusehen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt gemäß der Prognose von fünf Instituten im Jahr 2005 um 1,5% zunehmen, nach 1,8% im Jahr 2004 (vgl. Abb. 1).³

Die Beschäftigungsperspektiven werden sich mit fortschreitender Belebung der Konjunktur allmählich aufhellen. Angesichts des von der Mehrheit der Institute erwarteten nur moderaten Wachstumstempos ist eine rasche und durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum allerdings wenig wahrscheinlich. Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung dürfte erst im späteren Verlauf des Jahres 2005 zum Stillstand kommen. Alles in allem dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum wei-

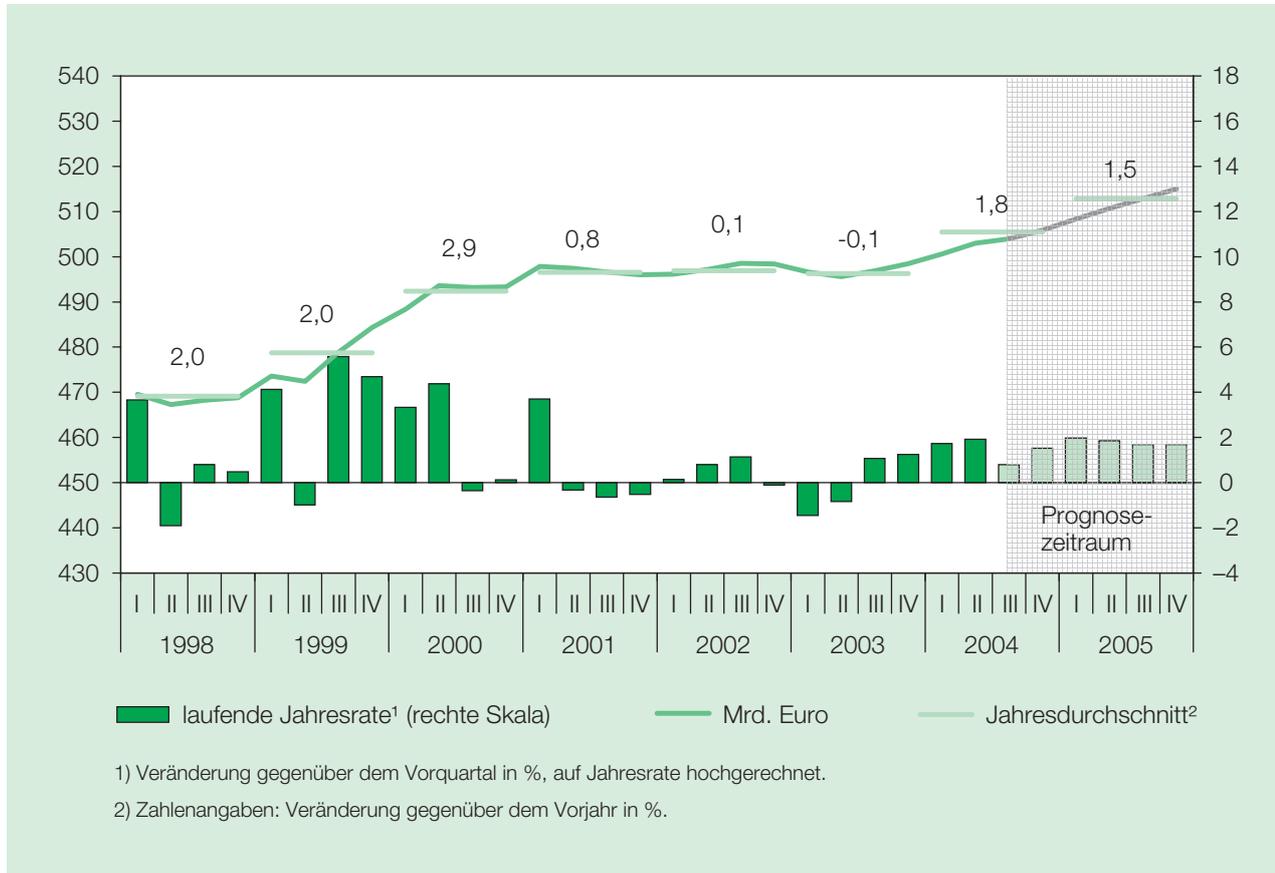
ter steigen, insbesondere im Niedriglohn- und Teilzeitbereich. Die Zahl der Arbeitslosen wird etwas abnehmen (vgl. Tab. 1).⁴

Trotz der konjunkturellen Erholung hat sich die Finanzlage des Staates im Jahr 2004 nicht gebessert. Das Defizit dürfte mit knapp 83 Mrd. € sogar etwas höher ausfallen als 2003, und dies obwohl die Ausgaben stagnieren. Mit 3,8% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene Defizitgrenze abermals deutlich überschritten. Neben den zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Einkommensteuerentlastungen in Höhe von 15 Mrd. €, die einen merklichen Rückgang der Abgabenbelastung bewirkten, ist dies auch darauf zurückzuführen, dass die

³ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) prognostiziert dagegen für das kommende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,0%. Es teilt die Auffassung der Mehrheit der Institute nicht, dass sich die Konjunktur im Jahr 2005 wieder abflacht, sondern geht von einer leichten Beschleunigung im Verlauf aus.

⁴ Die Erwerbstätigenrechnung für 2005 wird weitgehend entsprechend dem 2004 geltenden Recht dargestellt, d. h. die von Hartz IV (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) ausgehenden Arbeitsmarktwirkungen sind hier nicht berücksichtigt.

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
 2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab III. Quartal 2004: Prognose.

Tabelle 1: Arbeitsmarktbilanz^a (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.681	38.863	38.642	38.265	38.344	38.549
Arbeitnehmer	34.680	34.786	34.545	34.096	34.054	34.209
Selbstständige	4.001	4.077	4.097	4.169	4.290	4.340
Pendlersaldo	67	59	54	49	54	60
Erwerbstätige Inland	38.748	38.922	38.696	38.314	38.398	38.609
Arbeitslose	3.890	3.853	4.061	4.377	4.368	4.334
Arbeitslosenquote ^b	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Erwerbslose ^c	3.065	3.109	3.438	3.838	3.913	3.901
Erwerbslosenquote ^d	7,3	7,4	8,2	9,1	9,3	9,2
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	86	123	207	195	135	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	313	243	192	142	140	140
Neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ^e	–	–	–	62	218	275
Berufliche Vollzeitweiterbildung	324	315	300	224	170	180
Westdeutschland ^f						
Erwerbstätige Inländer ^g	30.916	31.145	31.047	30.750	30.849	31.034
Arbeitslose	2.381	2.321	2.498	2.753	2.768	2.744
Arbeitslosenquote ^b	7,2	6,9	7,4	8,2	8,2	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	59	94	162	160	110	85
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	70	53	42	30	45	45
Berufliche Vollzeitweiterbildung	177	169	162	129	95	90
Ostdeutschland ^f						
Erwerbstätige Inländer ^g	7.765	7.718	7.595	7.515	7.495	7.515
Arbeitslose	1.509	1.532	1.563	1.624	1.600	1.590
Arbeitslosenquote ^b	16,3	16,6	17,1	17,8	17,6	17,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	27	29	45	35	25	15
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	244	190	150	111	95	95
Berufliche Vollzeitweiterbildung	148	146	138	95	75	90

a) Die Effekte, die sich aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum 01.01.2005 ergeben, bleiben in der Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). e) „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, „Jump Plus“. – f) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. – g) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2004.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Haushaltskonsolidierung langsamer vorankommt als von der Bundesregierung zugesagt. Alles in allem wird sich das Budgetdefizit des Staates im nächsten Jahr auf knapp 78 Mrd. € beziehungsweise 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts verringern (vgl. Tab. 2). Die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird damit das vierte Mal in Folge überschritten. Dabei wird die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge weiter abnehmen.

Exkurs: Ostdeutschland

Auf die Wirtschaft in den östlichen Bundesländern (ohne Berlin) hat die konjunkturelle Besserung im bisherigen Jahresverlauf nicht übergreifen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stagnierte hier die gesamtwirtschaftliche Produktion, auch weil die Exportorientierung der ostdeutschen Wirtschaft geringer ist; gegenüber dem Vorjahr ergab sich immerhin noch ein Anstieg um 1,5 %. Zwar erhöhte sich im Sog der allgemeinen konjunkturellen Belebung die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe im Verlauf der ersten Jahreshälfte; gegenüber dem Vorjahreszeitraum war der Zuwachs mit 9,6 % sogar doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Dem standen aber die Konsumschwäche, die vor allem

die Wertschöpfung im Handel beeinträchtigte, und der Verlust an Wertschöpfung im öffentlichen Sektor infolge des anhaltenden Beschäftigungsabbaus bei Ländern und Kommunen entgegen. Hinzu kamen erneut herbe Rückschläge im Baugewerbe; Sondereffekte aus der Beseitigung der Flutschäden und einige Vorzieheffekte infolge der Kürzung der Eigenheimzulage bremsten den Rückgang der Bauproduktion lediglich vorübergehend ab. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern um 1,4 % und damit etwas langsamer als in den alten Ländern zunehmen. Im kommenden Jahr wachsen beide Regionen mit der gleichen Rate.

Zur Wirtschaftspolitik⁵

Das Jahr 2005 wird laut Prognose der Institute konjunkturell kein schlechtes Jahr. Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft wird jedoch nicht überwunden. Die Wirtschaftspolitik muss alles daran setzen, die Wachstumskräfte zu stärken. Mit der Agenda 2010, insbesondere

⁵ Das DIW Berlin vertritt eine von den anderen Instituten abweichende Meinung zur Wirtschaftspolitik. Es sieht die entscheidenden Ursachen für das schwache Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit in einem Nachfragemangel, auf den seit Jahren wirtschaftspolitisch nicht angemessen reagiert wurde und der sich deshalb verschärfte.

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt ^a					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,1	-0,1	1,8	1,5
Westdeutschland ^{b, c}	1,0	0,2	-0,1	1,8	1,5
Ostdeutschland ^c	-0,2	0,1	0,2	1,4	1,5
Arbeitslosenquote ^d (in %)	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Verbraucherpreise ^e					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,1	1,6	1,5
Lohnstückkosten ^f					
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	1,1	0,7	-1,3	-0,3
Finanzierungssaldo des Staates ^g					
Mrd. €	-58,6	-77,5	-81,3	-82,9	-77,6
% des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,7	-3,8	-3,8	-3,5
Leistungsbilanzdefizit (in Mrd. €)	1,7	45,7	48,1	85	95
a) In Preisen von 1995. – b) Einschließlich Berlin. – c) Rechenstand: April 2004. – d) Arbeitslose in 5 der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2000 = 100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).					

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis VGR der Länder, Deutsche Bundesbank, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

mit den inzwischen beschlossenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der sozialen Sicherung, hat die Bundesregierung Weichen in die richtige Richtung gestellt. Rasche Erfolge sind davon allerdings nicht zu erwarten, da solche Reformen erst nach und nach ihre volle Wirkung entfalten.

Die Neuausrichtung der **Arbeitsmarktpolitik** hat zu einer überraschend starken Inanspruchnahme eines Teils der neu eingeführten Instrumente geführt. Dies allein ist aber noch kein Gradmesser für den Erfolg. So fand der hohe Zuspruch keinen großen Niederschlag im Arbeitsvolumen. Dessen rückläufiger Trend wird durch die bisherigen Reformmaßnahmen allenfalls etwas gebremst. Vor allem trägt die Arbeitsmarktpolitik wenig dazu bei, die Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu stoppen. Der erste Arbeitsmarkt muss wieder stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken. Geschieht dies nicht, ist die Gefahr groß, dass der Staat in wachsenden Segmenten des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze auf Dauer subventioniert. Dies ist ordnungspolitisch bedenklich und trägt nicht dazu bei, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.

Ein Kernproblem am ersten Arbeitsmarkt bleibt nach Auffassung von fünf Instituten die Lohnentwicklung. Um die Erwartungen der Unternehmen zu stabilisieren, sollten die Gewerkschaften eine glaubwürdige **Lohnpolitik** mit mittelfristig relativ niedrigen Lohnforderungen ankündigen und darauf verzichten, bei einem eventuellen Aufschwung schnell wieder vermeintliche Verteilungsverluste ausgleichen zu wollen. Als Leitregel für künftige Lohnverhandlungen könnte dienen, von der Trendwachstumsrate der Arbeitsproduktivität einen Abschlag vorzunehmen und nur die erwartete Inflationsrate zu berücksichtigen, die nicht auf der Anhebung administrierter Preise oder auf eine Verschlechterung der Terms of Trade zurückgeht. Eine solche Lohnpolitik gibt den Marktkräften wieder mehr Spielraum, die Lohnstruktur kann sich flexibler neuen Marktconstellationen anpassen und die seit einiger Zeit negative Lohndrift dürfte sich verkleinern oder sogar wieder positiv werden.

Die **Finanzpolitik** in Deutschland hat erneut wichtige Ziele verfehlt. Zwar hat sie in jüngster Zeit einige Maßnahmen getroffen, die Wachstum und Beschäftigung tendenziell begünstigen. Ein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik ist von der Bundesregierung bislang aber nicht vorgelegt worden. Vielmehr bleibt der Eindruck, es handelt sich überwiegend um Einzelmaßnahmen, die darüber hinaus zum Teil nur deshalb ergriffen wurden, weil sich die Haushaltslage immer weiter zugespitzt hat. Das staatliche Defizit beträgt in

diesem Jahr voraussichtlich knapp 83 Mrd. € (3,8 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt). Zwar ist für das kommende Jahr mit einer Abnahme auf 78 Mrd. € (Defizitquote 3,5 %) zu rechnen. Jedoch wird damit die im Stabilitäts- und Wachstumspakt genannte Obergrenze im vierten Jahr in Folge überschritten, wenn nicht mehr gespart wird. Die Institute stimmen darin überein, dass ein erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht, dass im Stabilitätsprogramm 2004 ein verbindlicher Konsolidierungsplan verabschiedet und dass hierbei auf der Ausgabenseite angesetzt werden sollte. Unterschiede gibt es hinsichtlich der Orientierung an Budgetsalden oder Ausgabenpfaden und hinsichtlich der zeitlichen Perspektive. Dies betrifft einerseits die Handhabung des Paktes, andererseits auch die Politik für das Jahr 2005. Die Mehrheit der Institute (RWI Essen, HWWA Hamburg, IfW Kiel und ifo München⁶) plädiert dafür, die Konsolidierung im kommenden Jahr zu verstärken, ein Sparprogramm aufzulegen und auf jeden Fall das Defizit auf 3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu begrenzen. Eine Reform des Paktes halten diese Institute nicht für notwendig.⁷

Die **Geldpolitik** wirkt nach wie vor anregend auf die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland. An diesem Kurs sollte die Europäische Zentralbank (EZB) nach Einschätzung der Institute ungeachtet des durch den Ölpreis bedingten Anziehens der Inflationsraten im Grundsatz festhalten, solange es keine Anzeichen dafür gibt, dass die höheren Energiepreise Zweitrundeneffekte bei den Löhnen nach sich ziehen. Bei gefestigter Konjunktur sollte sie jedoch Wachsamkeit signalisieren; es ist angemessen, dass sie ihren Leitzins im kommenden Jahr um 1/4-Prozentpunkt heraufsetzt, denn die Risiken, die zu dem außerordentlich niedrigen Zins geführt haben, bestehen zum großen Teil nicht mehr. Der hier vorgelegten Prognose zufolge wird der Preisniveauanstieg im Euroraum im Frühjahr kommenden Jahres wieder unter die 2-Prozent-Marke sinken.

⁶ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) und ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

⁷ Anders als die Mehrheit der Institute sind das DIW Berlin und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) der Meinung, dass eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht zwangsläufig mit einer Lockerung des Konsolidierungskurses oder gar einer Abkehr hiervon gleichzusetzen ist. Wie in früheren Gemeinschaftsgutachten bereits mehrfach beschrieben, halten die beiden Institute daran fest, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt grundlegend reformiert und auf Ausgabenziele umgestellt werden muss.

Die Entwicklung der Korruption in Mittel- und Osteuropa

Carsten Pohl¹

Seit Beginn der neunziger Jahre sind in hohem Umfang ausländische Direktinvestitionen in die neuen EU-Mitgliedstaaten geflossen. Niedrige Arbeitskosten und die geringe Steuerbelastung werden von Unternehmen als wesentliche Gründe für die Attraktivität dieser Standorte genannt. Ausländische Investoren präferieren darüber hinaus Länder mit einer geringen Regulierungsdichte und einer effizient funktionierenden Verwaltung. In ihren letzten Monitoring-Berichten kommt die Europäische Kommission jedoch zu dem Schluss, dass in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) das Problem der Korruption im öffentlichen Sektor nach wie vor weit verbreitet ist. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwiefern die neuen EU-Mitgliedsländer in den letzten Jahren Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung erzielen konnten.

Zur Messung von Korruption hat sich der von Transparency International entwickelte „Corruption Perceptions Index“ etabliert. Die Betrachtung dieses Index in den Jahren 1995–2004 macht deutlich, dass die Wahrnehmung der Korruption in den drei baltischen Staaten zurückgegangen ist, während sich das Ausmaß an korrupten Aktivitäten in Polen und Tschechien vergrößert hat. Gelingt es den MOEL, ihr Korruptionsniveau zu senken, wird sich dies positiv auf den Zufluss weiterer ausländischer Direktinvestitionen auswirken.

Messung von korrupten Aktivitäten

Im Allgemeinen werden mit dem Begriff Korruption Handlungen bezeichnet, bei denen ein Staatsbediensteter persönliche Vorteile durch Missbrauch seines öffentlichen Amtes zieht (vgl. JAIN (2001)). Korruption setzt demnach voraus, dass der zuständige Beamte befugt ist, Regeln oder Vorschriften nach eigenem Ermessen anzuwenden oder zu entwerfen. In der Praxis kann es bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu korrupten Aktivitäten kommen, da unter Umständen nicht der günstigste Anbieter den Zuschlag erhält, sondern dasjenige Unternehmen, welches das höchste Bestechungsgeld an den Staatsdiener zahlt. Korruption im öffentlichen Sektor kann aber auch dann auftreten, wenn ein Beamter bei der Erteilung von Genehmigungen, beispielsweise Bauvorhaben, Ex- oder Importlizenzen, einen diskretionären Entscheidungsspielraum hat. Hier besteht ebenfalls die Gefahr, dass Unter-

nehmen, die für entsprechende Genehmigungen Bestechungsgelder entrichten, bevorzugt behandelt werden.

Um fundierte, objektive Aussagen zum Ausmaß der Korruption machen zu können, müsste idealerweise der Anteil bzw. der Umfang der Geschäftsvorgänge ermittelt werden, bei denen Staatsbedienstete ihr Amt zur persönlichen Vorteilnahme missbrauchen. Da sowohl die Beamten als auch die involvierten Unternehmen oder Privatpersonen ihre illegalen Aktivitäten geheim halten wollen, lässt sich der wahre Umfang von Korruption im Gegensatz zu anderen ökonomischen Größen nur schwer quantifizieren. Daher wurden in den letzten Jahren zahlreiche Methoden der indirekten Erfassung von Korruption entwickelt. Eine Gemeinsamkeit der Verfahren besteht darin, dass Umfragen durchgeführt werden. Einige der auf diese Weise ermittelten Indizes basieren auf Umfrageergebnissen unter Managern oder Bürgern aus dem In- und Ausland. Bei anderen Indizes werden Experten befragt, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Landeskenntnisse eine informierte Beurteilung des Ausmaßes an korrupten Aktivitäten vornehmen können. Allerdings besteht in beiden Fällen die Gefahr, dass aufgrund der Fragestellung und/oder des befragten Personenkreises, der „wahre“ Grad der Korruption über- oder unterschätzt wird.

Daher hat Transparency International mit seinem „Corruption Perceptions Index“ einen Metaindex geschaffen.² Um die subjektiven Einflüsse in der Ermittlung des Korruptionsausmaßes zu relativieren, werden bei diesem Index die Ergebnisse verschiedener Umfragen herangezogen und zu einem einzigen Wert aggregiert. Während für manche Länder eine Vielzahl an Quellen vorliegt und genutzt wird, sind für andere Länder nur wenige Daten erhältlich. Bei der Interpretation des „Corruption Perceptions Index“ sollte zudem beachtet werden, dass für verschiedene Jahre nicht immer die gleichen Informationsquellen verwendet werden können, da Umfragen nicht länger fortgeführt werden oder neue hinzukommen.³

¹ Carsten Pohl ist wissenschaftl. Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

² Vgl. LAMSDORFF (2004) für eine ausführliche Darstellung der Methodik zur Berechnung des „Corruption Perceptions Index“.

³ Neben dem „Corruption Perceptions Index“ von Transparency International hat die Weltbank einen eigenen „Control of Corruption Index“ entwickelt. Für diesen Index liegen Werte von 1996 bis 2002 in Zweijahresabständen vor. Die Indikatoren von Weltbank und Transparency International kommen für die jeweils berücksichtigten Länder zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. KAUFMANN, KRAAY und MASTRUZZI (2004)).

Das Ausmaß der Korruption in Mittel- und Osteuropa

Zum Vergleich der Korruptionswahrnehmung in den MOEL wird der von Transparency International entwickelte „Corruption Perceptions Index“ verwendet. Dieser Index kann Werte zwischen 0 und 10 annehmen, wobei ein hoher Wert für geringe Korruption in einem Land steht. Dadurch lässt sich die Position eines Landes innerhalb der berücksichtigten Länder ermitteln. Allerdings ist die bloße Betrachtung des Rankings nicht zweckmäßig, da der Berichtskreis des „Corruption Perceptions Index“ von 42 Ländern im Jahr 1995 auf aktuell 146 Länder erweitert wurde. Aus diesem Grund werden die erzielten Indexwerte eines Landes miteinander verglichen. Berücksichtigt wird der Zeitraum 1995 bis 2004.

Unter den neuen EU-Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa wird im Jahr 2004 für Slowenien und Estland das geringste Ausmaß an korrupten Aktivitäten festgestellt (vgl. Tab. 1). Der Wert hat sich in Slowenien im Vergleich zum ersten Berichtsjahr (1999) jedoch nicht verändert, sodass von einem Stillstand in der Korruptionsbekämpfung ausgegangen werden kann. Verbessert hat sich die Situation in den drei baltischen Staaten. Während Estland aktuell einen Wert von 6,0 erreicht, beläuft sich der „Corruption Perceptions Index“ in Lettland auf 4,0 und in Litauen auf 4,6 Punkte. Ungarn konnte bis Anfang 2001 Fortschritte erzielen, ist jedoch in den letzten Jahren wieder zurückgefallen. Deutschland hält sich mit einem Wert von 8,2 Punkten im Vergleich zu 1995 auf konstantem Niveau. Dass größere Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung möglich sind, haben einige alte EU-Mitglieds-

länder gezeigt. Spanien konnte sich in den Jahren 1995 bis 2004 um 2,8 auf 7,1 Punkte steigern, Italien von 3,0 auf heute 4,8 Punkte. Eindeutig negativ hat sich hingegen die wahrgenommene Korruption in Polen und Tschechien entwickelt. Diese Länder haben im betrachteten Zeitraum 2,1 (Polen) bzw. 1,2 Punkte (Tschechien) eingebüßt. Polen liegt mit einem Wert von 3,5 innerhalb der Gruppe der neuen EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa an letzter Stelle. In den beiden EU-Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien sieht die Situation wie folgt aus: Während das Ausmaß der Korruptionswahrnehmung in Rumänien zugenommen hat, konnte Bulgarien Fortschritte verzeichnen.

Auswirkungen auf den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen

Parallel zu der unterschiedlichen Entwicklung in der Korruptionswahrnehmung konnten die MOEL – insbesondere Polen und Tschechien – einen hohen Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen erzielen. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, inwiefern Korruption in diesen Volkswirtschaften die Investitionsentscheidungen ausländischer Unternehmen beeinflusst.

Generell wirkt sich eine korrupte Bürokratie negativ auf die wirtschaftliche Attraktivität eines Standortes aus, wie verschiedene theoretische und empirische Arbeiten belegen.⁴ Beeinträchtigt werden nicht nur der Umfang der

⁴ Vgl. u. a. SHLEIFER und VISHNY (1993), MAURO (1995), MAURO (1997), TANZI und DAVOODI (1997), WEI (1997), WEI (2001).

Tabelle 1: Entwicklung des „Corruption Perceptions Index“ in den MOEL

Land	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	–	–	–	2,9	3,3	3,5	3,9	4,0	3,9	4,1
Deutschland	8,1	8,3	8,2	7,9	8,0	7,6	7,4	7,3	7,7	8,2
Estland	–	–	–	5,7	5,7	5,7	5,6	5,6	5,5	6,0
Lettland	–	–	–	2,7	3,4	3,4	3,4	3,7	3,8	4,0
Litauen	–	–	–	–	3,8	4,1	4,8	4,8	4,7	4,6
Polen	–	5,6	5,1	4,6	4,2	4,1	4,1	4,0	3,6	3,5
Rumänien	–	–	3,4	3	3,3	2,9	2,8	2,6	2,8	2,9
Slowakei	–	–	–	3,9	3,7	3,5	3,7	3,7	3,7	4,0
Slowenien	–	–	–	–	6,0	5,5	5,2	6,0	5,9	6,0
Tschechien	–	5,4	5,2	4,8	4,6	4,3	3,9	3,7	3,9	4,2
Ungarn	4,1	4,9	5,2	5,0	5,2	5,2	5,3	4,9	4,8	4,8

Quelle: Transparency International (div. Jahrgänge).

ausländischen Direktinvestitionen, sondern auch die Art des Engagements der ausländischen Unternehmen, wie eine Untersuchung für 22 MOEL (inkl. der acht neuen EU-Mitgliedsländer) ergab.⁵ Insbesondere technologieintensive Unternehmen entscheiden sich gegen ein Investitionsvorhaben, wenn ein mangelnder Schutz von Eigentumsrechten bzw. ein nicht gewünschter (aber möglicherweise stattfindender) Technologietransfer befürchtet wird. Ein zweiter Effekt kommt durch die Art des Markteintritts zur Geltung. Ausländische Unternehmen können sowohl eigenständig in den MOEL auftreten als auch mit einem inländischen Partner kooperieren. Durch eine Kooperation ergeben sich aufgrund der entsprechenden Landeskenntnisse des inländischen Unternehmens Transaktionskostenvorteile im Umgang mit den Behörden. Nachteile können sich beispielsweise ergeben, wenn es zu Rechtsstreitigkeiten zwischen ausländischem Investor und inländischen Unternehmen kommt. In einem korrupten Umfeld muss damit gerechnet werden, dass die Justiz auch bei eindeutiger Rechtslage unter Umständen zugunsten des inländischen Unternehmens urteilt. Daher entscheiden sich ausländische Unternehmen in den Ländern Mittel- und Osteuropas mit zunehmender Technologieintensität relativ häufig gegen die Kooperation mit einem lokalen Partner.

Wenngleich die Wirkungsrichtung zwischen korrupten Aktivitäten und (ausländischen Direkt-)Investitionen empirisch nachgewiesen werden kann, so ist der reale gesamtwirtschaftliche Schaden nur schwer zu bestimmen.⁶ PELLEGRINI und GERLAGH (2004) untersuchen den Zusammenhang zwischen Korruption und Wirtschaftswachstum für die Jahre 1975 bis 1996 unter Verwendung des „Corruption Perceptions Index“. Dabei zeigen sie auch, welche Auswirkungen Korruption auf Investitionen hat. Bei den insgesamt 48 berücksichtigten Ländern würde eine Verringerung des Korruptionsniveaus um eine Standardabweichung zu einem Anstieg der Investitionen um rund 2,5 Prozentpunkte führen.

Insgesamt implizieren diese Ergebnisse somit, dass die MOEL durch eine Reduzierung der korrupten Aktivitäten – unter sonst gleichen Bedingungen – nicht nur ein höheres Volumen an ausländischem Kapital attrahieren könnten, sondern auch, dass mehr Investitionen in technologieintensiveren Bereichen getätigt würden.

Fazit

Korruption ist nach wie vor ein weit verbreitetes Problem in den neuen EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas, dem bislang nicht erfolgreich entgegengewirkt werden konnte. In Polen und Tschechien hat sich die Situation

seit Mitte der neunziger Jahre verschlechtert, während in den drei baltischen Staaten geringe Erfolge erzielt werden konnten. Die Europäische Kommission fordert daher die neuen EU-Mitgliedsländer in ihren letzten Monitoring-Berichten dazu auf, die Bekämpfung der Korruption mit hoher Priorität weiterzuverfolgen. Gelingt es den MOEL, ihr Korruptionsniveau zu senken, wird sich dies positiv auf den Zufluss weiterer ausländischer Direktinvestitionen auswirken.

Literatur

- JAIN, A. K. (2001): Corruption. A Review, *Journal of Economic Surveys* 15, S. 71–121.
- KAUFMANN, D., A. KRAAY und M. MASTRUZZI (2004): *Governance Matters III: Governance Indicators for 1996–2002*, World Bank, Washington.
- LAMBSDORFF, J. GRAF (2004): *Background Paper to the 2004 Corruption Perceptions Index. Framework Document 2004*, Transparency International.
- MAURO, P. (1995): Corruption and Growth, *The Quarterly Journal of Economics* 110, S. 681–712.
- MAURO, P. (1997): *Why Worry About Corruption?*, *Economic Issues* 6, International Monetary Fund, Washington.
- PELLEGRINI, L. und R. GERLAGH (2004): *Corruption's Effect on Growth and its Transmission Channels*, *Kyklos* 57, S. 429–456.
- SHLEIFER, A. und R. W. VISHNY (1993): *Corruption*, *The Quarterly Journal of Economics* 108, S. 599–617.
- SMARZYNSKA, B. K. und S.-J. WEI (2002): *Corruption and Cross-Border Investment: Firm-Level Evidence*, The Brookings Institutions, 16. August, Washington.
- TANZI, V. und H. DAVOODI (1997): *Corruption, Public Investment, and Growth*, IMF Working Paper 97/139, Washington.
- TRANSPARENCY INTERNATIONAL (Hrsg.) (1995–2004): *Global Corruption Report*, abrufbar unter www.transparency.org.
- WEI, S.-J. (1997): *Why Corruption Is So Much More Taxing Than Tax? Arbitrariness Kills*, NBER Working Paper 6255, Cambridge (MA).
- WEI, S.-J. (2001): *Corruption in Economic Transition and Development: Grease or Sand?*, UNECE Spring Seminar May 7, Genf.

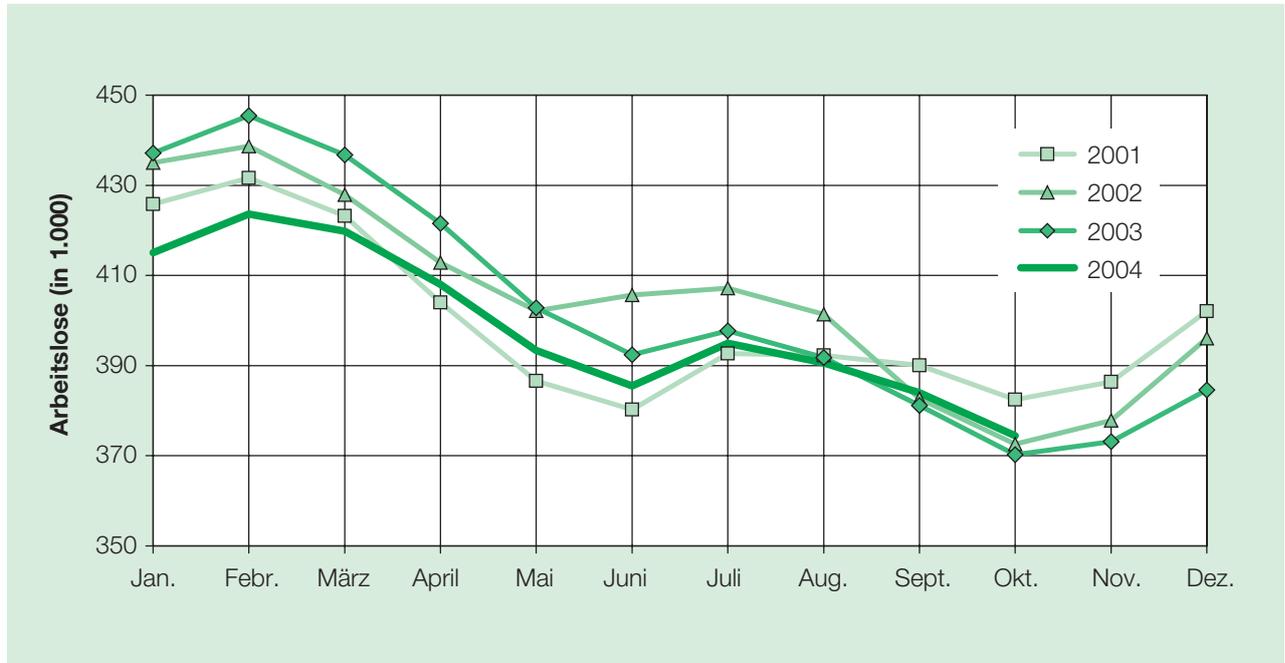
⁵ Die empirische Untersuchung wurde für mittel- und osteuropäische Länder auf Grundlage von Firmendaten, die aus einer Umfrage der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung stammen, durchgeführt (vgl. SMARZYNSKA und WEI (2001)).

⁶ Korruption gehört zum Typus der Kontrollkriminalität, d. h. der Amtsmissbrauch wird nur dann sichtbar, wenn dies durch entsprechende Ermittlungen aufgedeckt wird. Im Vergleich zu anderen Straftatbeständen gibt es bei Korruption oftmals kein direktes Opfer, welches den Amtsmissbrauch zur Anzeige bringen könnte. Daher spiegelt auch die Anzahl der Ermittlungsverfahren bzw. Gerichtsurteile nicht das wahre Ausmaß der Korruption wider.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

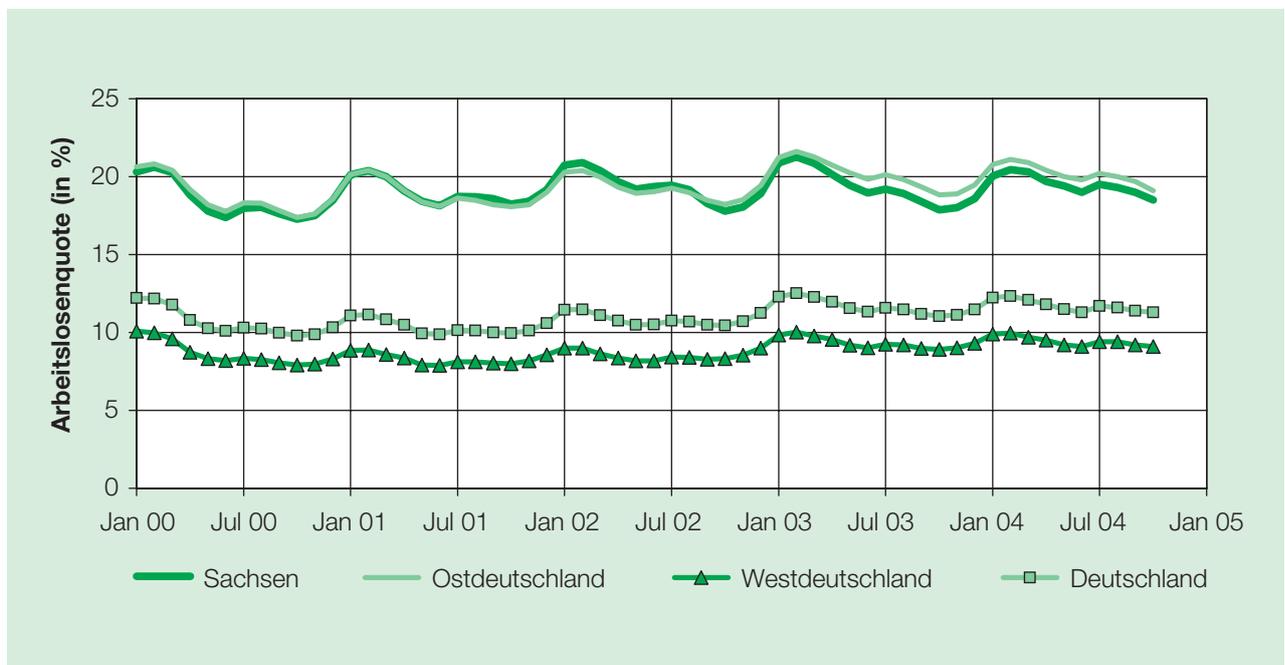
Beate Grundig¹

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2001 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2000 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

¹ Beate Grundig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ifo Niederlassung Dresden.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen am Monatsende ^b			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c		
	August 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Oktober 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Oktober 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	724	719	734	7	8	9	25	25	28
Mecklenburg-Vorp.	513	510	527	5	5	8	12	12	26
Sachsen	1.380	1.367	1.397	11	12	15	43	43	47
Sachsen-Anhalt	754	745	765	5	7	9	20	21	29
Thüringen	736	727	744	7	8	9	22	22	28
D Ost (mit Berlin)	5.151	5.109	5.231	42	47	60	150	151	185
D West (ohne Berlin)	21.463	21.319	21.718	204	222	237	237	227	313
D gesamt	26.614	26.428	26.949	245	269	297	388	378	498

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Oktober 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Oktober 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Oktober 2004	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	236	244	237	19,1	19,8	19,2	45,7	45,9	45,0
Mecklenburg-Vorp.	177	179	165	21,5	21,7	19,9	44,9	44,9	44,2
Sachsen	374	384	370	18,5	19,0	17,9	47,3	46,9	45,2
Sachsen-Anhalt	248	256	251	20,6	21,3	20,6	47,5	47,1	45,1
Thüringen	191	199	196	16,8	17,5	16,9	43,9	44,0	41,1
D Ost (mit Berlin)	1.514	1.557	1.514	19,1	19,7	18,8	45,4	45,3	43,6
D West (ohne Berlin)	2.692	2.700	2.637	9,1	9,2	8,9	37,8	37,5	33,7
D gesamt	4.207	4.257	4.151	11,3	11,4	11,0	40,5	40,3	37,3

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

Gerit Vogt¹

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE).

Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

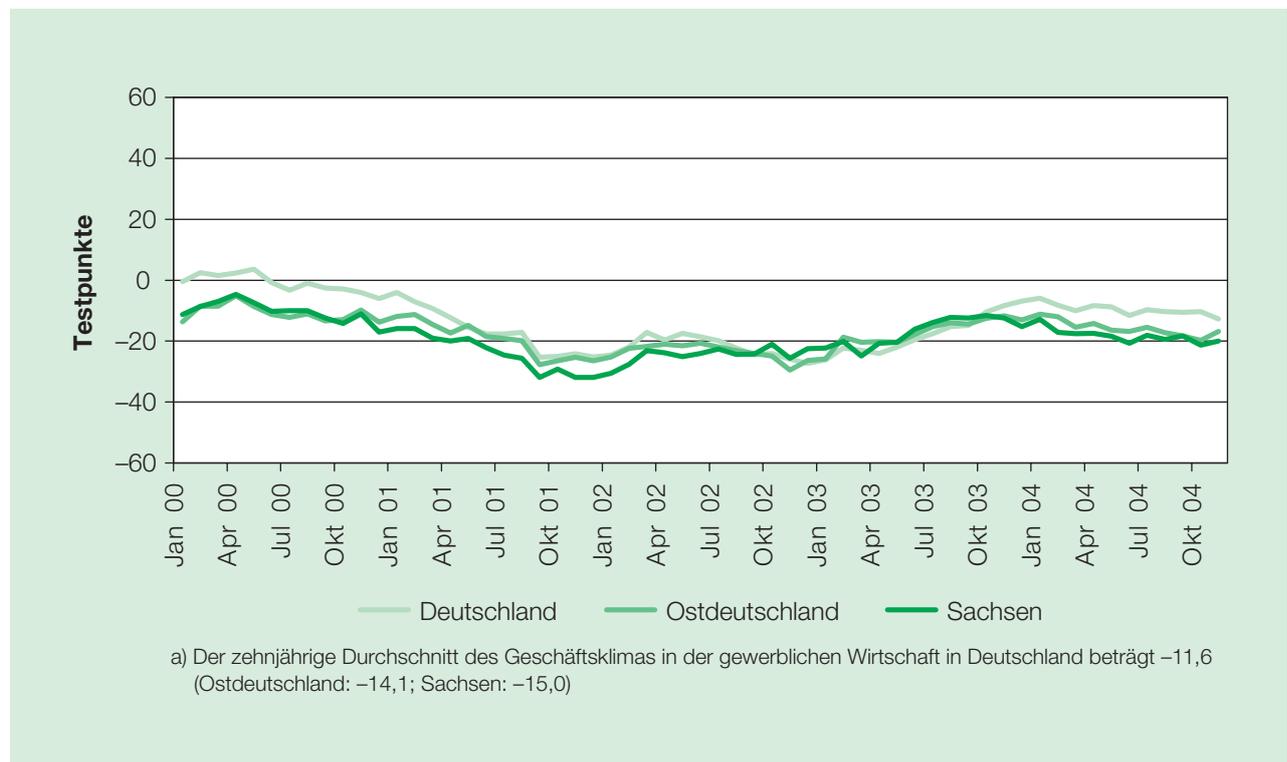
$$GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200.$$

Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Am ifo Konjunkturtest nehmen insgesamt ca. 7.000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft teil, rund 1.600 in Ostdeutschland und 600 in Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

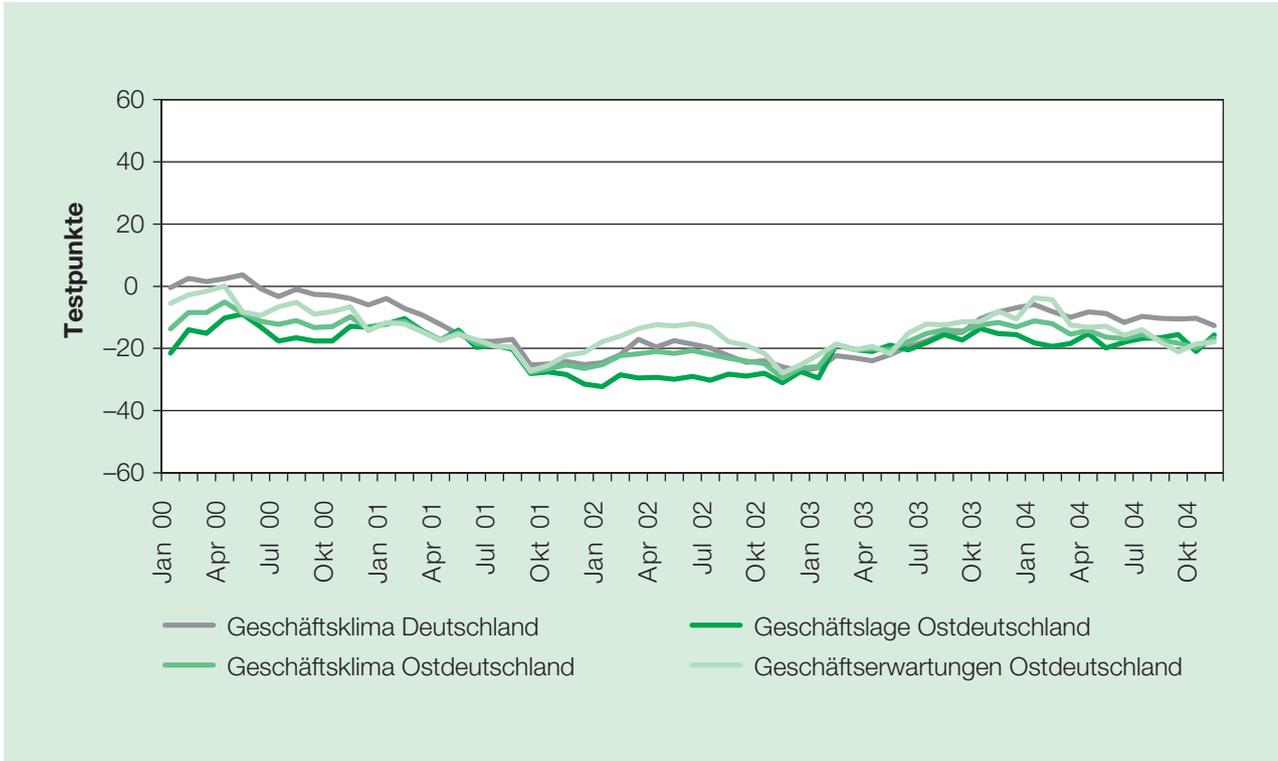
¹ Gerit Vogt ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



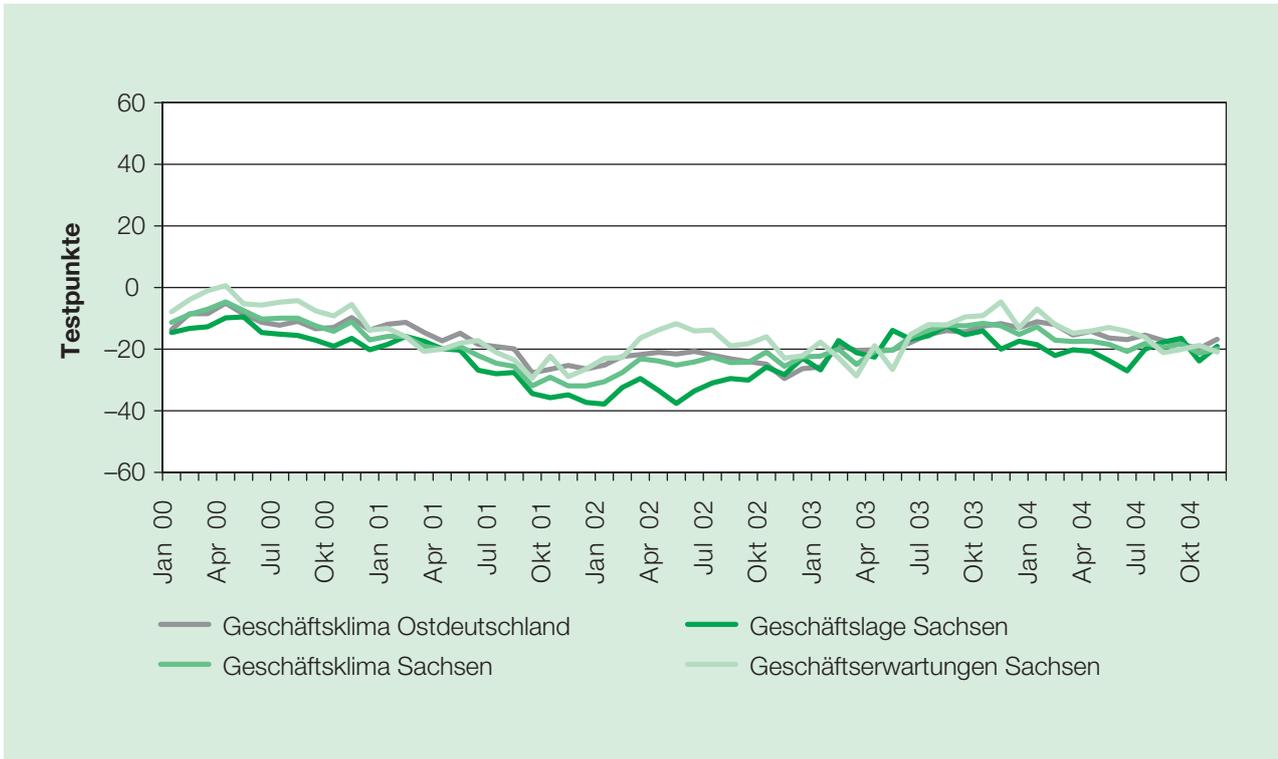
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



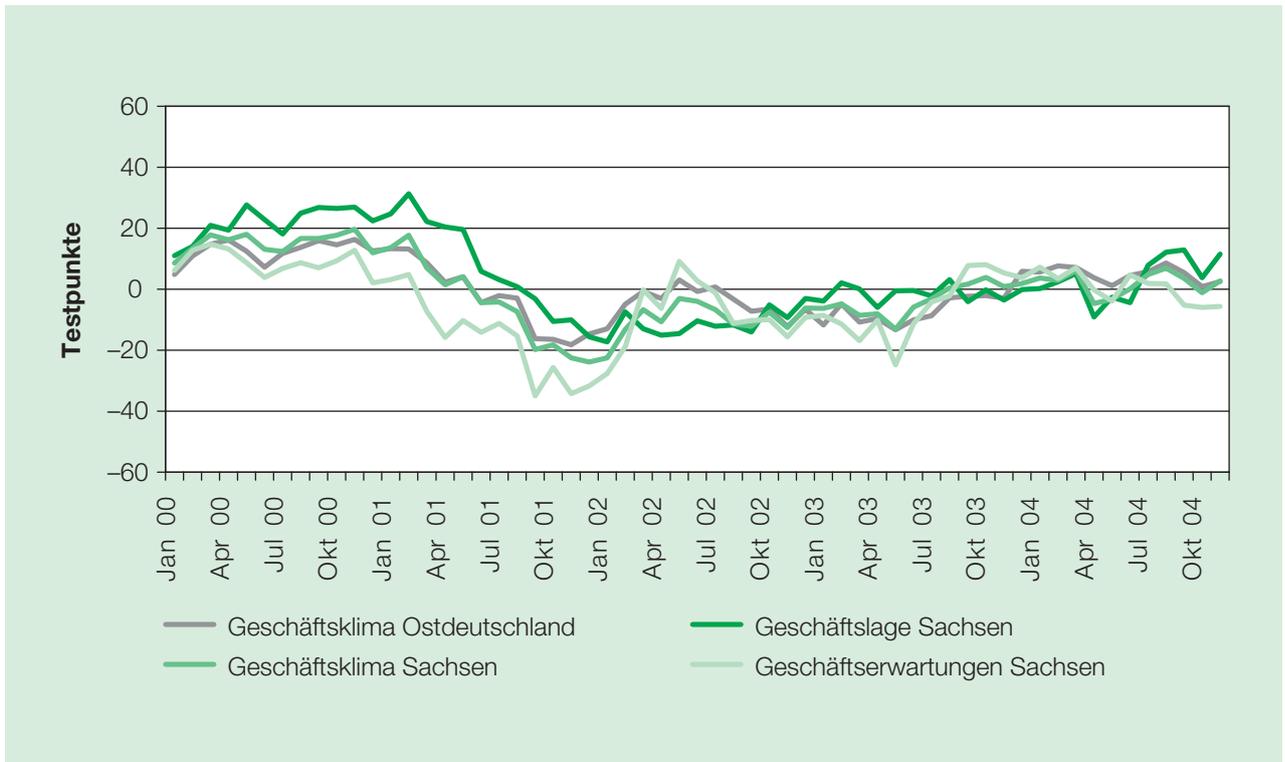
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



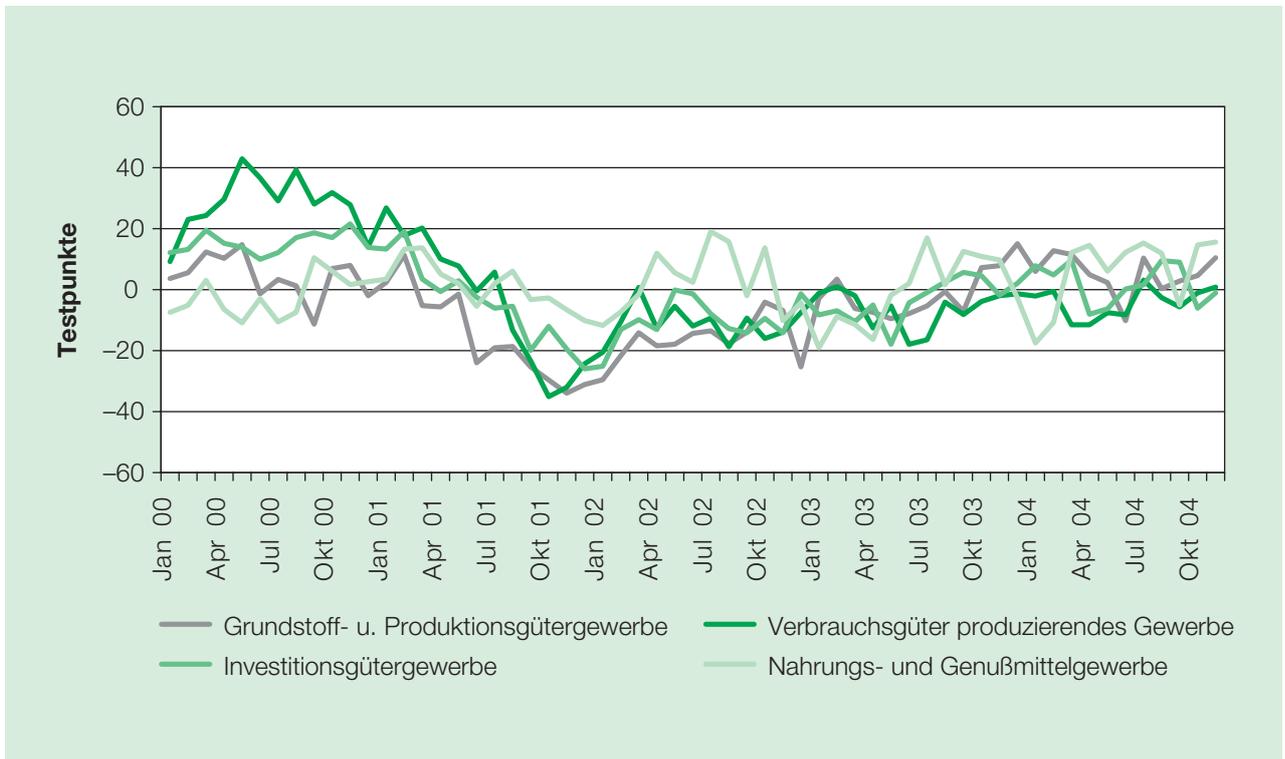
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)



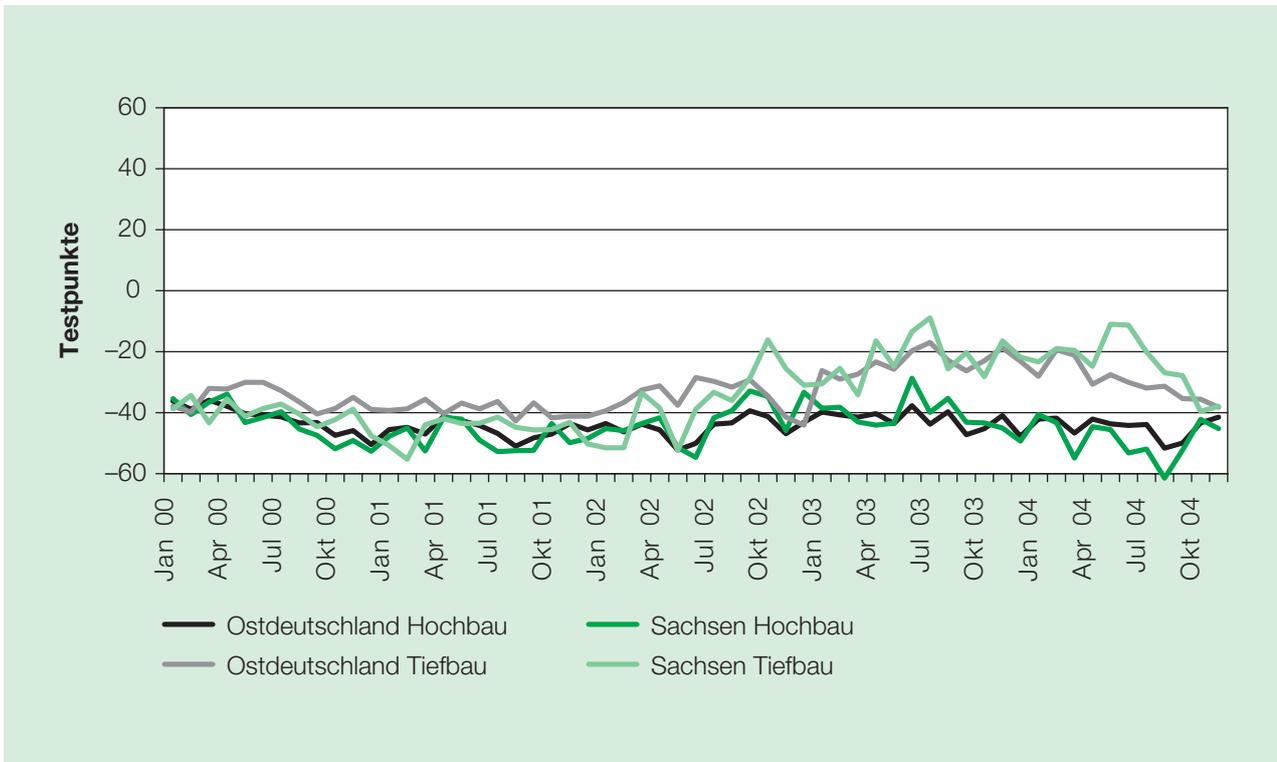
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima
Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen



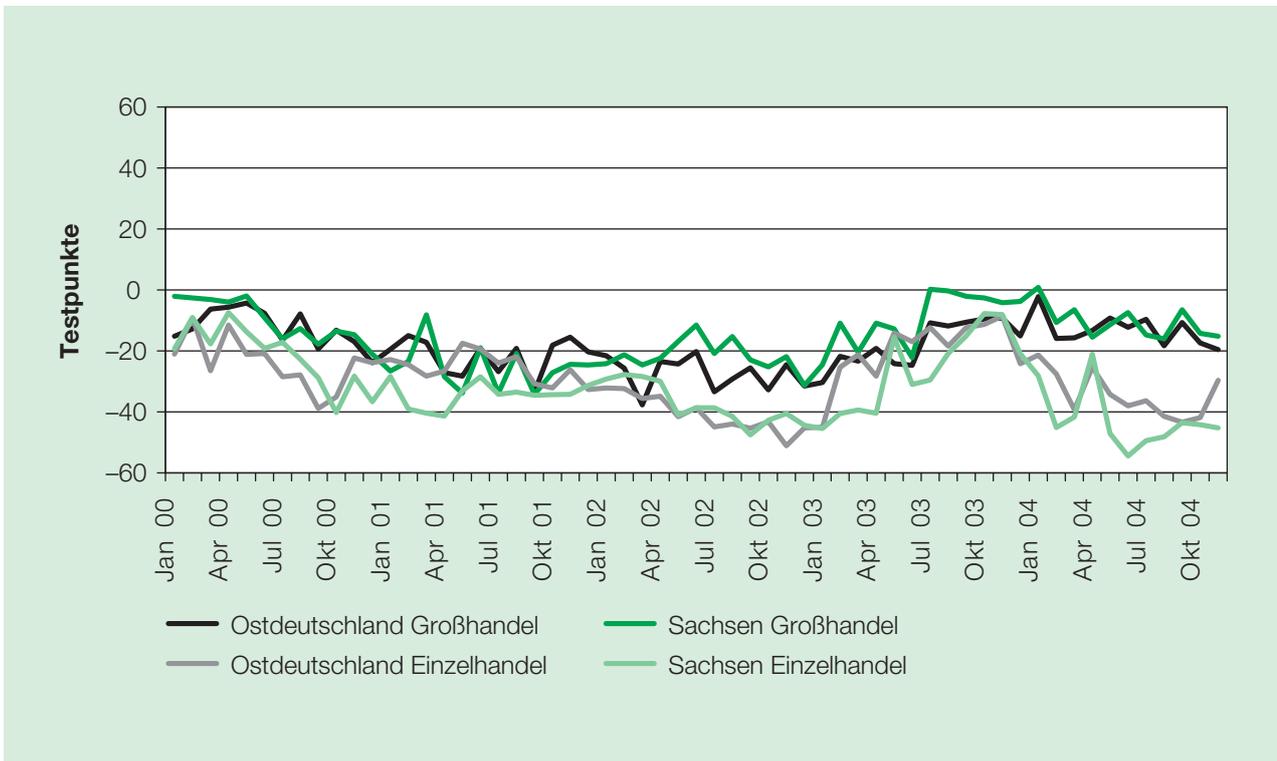
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Zu einer weiteren Veranstaltung der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist Dr. Ulrich Walwei vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, für den **13. Dezember 2004** eingeladen. Er wird zum Thema „Arbeitsmarktreflexionen in Deutschland – eine erste Bilanz“ sprechen. Die Veranstaltung ist wie immer öffentlich und findet ab 18.30 Uhr in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden in der Einsteinstraße 3 statt.

Am 22. Dezember 2004 findet in den Räumen der Niederlassung Dresden das **Pressegespräch zu „Wirtschaftsperspektiven für Ostdeutschland und Sachsen“** statt. Ausgehend von der Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland, die am 21. Dezember 2004 in München vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung heraus gegeben wird, stellt die ifo Niederlassung Dresden die Prognose zur Konjunktorentwicklung in Ostdeutschland

und Sachsen 2005 vor. Weiterhin werden die neuesten Forschungsergebnisse, die im vorliegenden Heft 6/2004 „ifo Dresden berichtet“ publiziert werden, dargelegt.

Die nächste Sitzung des ifo Arbeitskreises **„Konjunkturbeobachtung Sachsen“** findet ebenfalls am **22. Dezember 2004** in der ifo Niederlassung Dresden statt. Grundlage der Diskussion bildet die aktuelle Konjunkturprognose des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Außerdem werden die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2004 analysiert und eine Prognose zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und des Arbeitsmarktes für Ostdeutschland und Sachsen im Jahr 2005 vorgestellt. An dieser Veranstaltung nehmen geladene Vertreter der Landesregierung, des Landesarbeitsamtes, des Statistischen Landesamtes und Repräsentanten der Wirtschaftsverbände sowie Wissenschaftler des ifo Instituts teil.

ifo Vorträge

Am **6. Oktober 2004** hielt Heinz Schmalholz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, zwei Seminarveranstaltungen zu den Themen „Gründer/Gründerteam“ und „Produkt – Dienstleistungen“ im Rahmen des Lausitzer Existenzgründerwettbewerbs in Weißwasser ab.

Am **27. Oktober 2004** referierte Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden zum Thema „Wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Deutschland“. Der Vortrag fand im Rahmen der Kolloquiumsreihe „Bielefeld 2000 plus – Forschungsprojekte zur Region“ statt, die von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld organisiert wird.

Am **25. November 2004** weilte die „Liverpool Entrepreneurship Commission“ in der ifo Niederlassung Dresden, die sich im Freistaat über „Entrepreneurship in Saxony“ informierte.

Am **29. November 2004** trug Beate Grundig, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Dresdner ifo Niederlassung, im Lunchtime-Seminar der TU Dresden vor. Sie sprach zum Thema „Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit“.

Am **01. Dezember 2004** stellte Gerit Vogt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen der Lunchtime-Seminare des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München Methoden und Modelle zur Konjunkturprognose des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen und Ostdeutschland vor.

ifo intern

Zum 1. November 2004 hat **Christian Leßmann** eine Stelle als Doktorand in der ifo Niederlassung Dresden angenommen. Er hat an der Universität Hannover Ökonomie mit den Schwerpunkten öffentliche Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht studiert. In der Niederlassung wird er sich insbesondere im Bereich öffentliche Finanzen einbringen.

Zum 1. Dezember 2004 verstärkt **Sabine Engelmann** als Doktorandin das Team von ifo Dresden. Sie hat an der Technischen Universität Dresden Wirtschaftspädagogik und Volkswirtschaftslehre studiert. Ihr Studienschwerpunkt lag im Forschungsgebiet der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In der Niederlassung wird sie den Bereich Außenwirtschaft abdecken.